

# Aufbruch in die Demokratie:

## Die Gießener Volkshochschule 1919 - 1947

HANS-JOBST KRAUTHEIM, ULRIKE KRAUTHEIM, RITA ROHRBACH

Am 5. Oktober 1919 leitete die Gießener Volkshochschule ihr erstes Semester, Winter 1919,<sup>1</sup> „in schlichter, durchaus dem Zweck angepaßter Feier“ ein. „Feinsinnig gegliedert“ durch Beiträge des Bauerschen Gesangsvereins erläuterten die Initiatoren des vor einem halben Jahr gegründeten Volkshochschulvereins den „Geist, der unsere Volkshochschule ins Leben gerufen hat“. Alles, was Rang und Namen hatte, stand auf der Rednerliste: „Herr Geb. Rat Mittermaier“ als Vorsitzender des Vereins, „S. Magn. Der Rektor der Gießener Universität Prof. Dr. Kalbfleisch“ als Kooperationspartner, „Herr Oberbürgermeister Keller“ als Repräsentant der Stadt Gießen, „Herr Prof. Dr. Messer als Vertreter des Landesamtes für das Bildungswesen im Volksstaat Hessen und Herr Pfarrer Koch aus Langd bei Hungen als unermüdlicher Vorkämpfer der Volkshochschulideen“, der die Festrede hielt und den Geist der dänischen Volkshochschulbewegung beschwor.

Man war stolz auf das Ergebnis der Vorarbeit: 300 Mitglieder zähle der Verein, hinzu kämen zahlreiche Körperschaften, man erfahre Unterstützung durch Stadt, Kreis, Provinz und Staat, geplant sei ein „Verband sämtlicher Volkshochschulen, die allerorts in Oberhessen erstehen“ und für das erste Semester hätten sich bereits an die 500 Teilnehmer gemeldet.<sup>2</sup>

Was war es, das so viele Menschen zusammenbrachte, um eine neue Bildungsinstitution ins Leben zu rufen? Woher kam dieser Geist des Aufbruchs in einer Zeit der Krisen nach der vernichtenden Niederlage im Weltkrieg? Was waren die Visionen und wie sah ihre Ausgestaltung aus?

### Gießener Vorläufer einer modernen Volkshochschule

Zunächst stellt sich die Frage: Gab es Traditionen, auf die man sich beziehen konnte oder von denen man sich abgrenzte? Die Initiativen zur berufsbegleitenden Erwachsenenbildung reichten bis weit in das 19. Jahrhundert zurück. Dies war verbunden mit einer Zunahme der gewerblichen Wirtschaft nicht nur in der Stadt Gießen, sondern auch in deren Umland. Dort entstanden kleinere Betriebe, oder die Arbeitskräfte fanden in Gießen Beschäftigung. Getragen wurden die Bemühungen um eine verbesserte Breitenbildung von neu gegründeten Bildungsvereinen; sie waren nicht allein auf die Stadt konzentriert, wo seit dem Sommer 1848 ein Arbeiterverein existierte, der in enger Verbindung mit den Demokraten,

---

1 Archiv der Justus Liebig – Universität. Diesem WS 1919 folgten noch zwei weitere dreimonatige „Kurzsemester“, bis mit dem WS 20/21 der normale Rhythmus von Winter- und Sommersemester aufgenommen werden konnte.

2 StdtAG Gießener Anzeiger vom 6. 10. 1919.

dem linken Flügel des Gießener Bürgertums stand. Eine wesentliche Aktivität dieser Vereinigung bestand in der Arbeitsvermittlung für Handarbeiter und Tagelöhner. Daneben wandte sich der Verein auch der Bildung der Arbeiter zu, nicht zuletzt, um ihre künftigen Beschäftigungschancen zu erhöhen und sie materiell besser zu stellen.<sup>3</sup> Für das Jahr 1868 gibt es Hinweise auf den Bestand einer Bibliothek des Arbeiterbildungsvereins in Gießen, der acht Periodika und 248 Bibliotheksbände enthielt.<sup>4</sup> Auch im Umfeld der Stadt waren Arbeiterbildungsvereine im Kontext der erstarkenden Sozialdemokratie anzutreffen, so seit 1908 im benachbarten Langgöns.<sup>5</sup> Das verstärkte Engagement für eine verbesserte Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in der Lehre oder bereits im Beruf befanden, fiel in einen Zeitraum gravierender Veränderungen. Die kontinuierlich wachsende Stadt Gießen erlebte nach 1870 in verkehrstechnischer, städtebaulicher, wirtschaftlicher, demografischer, kultureller und sozialer Hinsicht einen grundlegenden Strukturwandel, dessen Dynamik bis 1910 anhält.<sup>6</sup>

In Gießen kamen Anstöße zur Verbesserung der Bildungssituation, und damit auch die Initiativen für die Erwachsenenbildung, vielfach aus dem Bürgertum. Die Bildungsfrage hatte sich, von Preußen ausgehend, im Deutschen Bund die 1861 gegründete liberale Fortschrittspartei zu ihrem Anliegen gemacht; sie stieß aber auf kommunaler Ebene auf eine über diese Partei hinausgehende positive gesellschaftliche Resonanz. Die Verstärkung der Breitenbildung erschien als Möglichkeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation.<sup>7</sup> Dafür musste das öffentliche Interesse geweckt werden. So warb 1875 ein „Volksbildungsverein“ bei Schülern einer Fortbildungsschule sowie unter deren Ehemaligen für Leseabende. Das Angebot richtete sich an „strebsame junge Leute“ und forderte sie zum Besuch von zwei Abendveranstaltungen in der Woche zum Zweck der Weiterbildung, mittwochs und samstags von 8 bis 10 Uhr abends, im Rathaussaal auf, was einen Rückschluss auf die damaligen Arbeitszeiten zulässt. Verbunden mit dieser Aufforderung zur Teilnahme war die Ankündigung, dass vor der einschlägigen Lektüre des jeweiligen Abends „... von Zeit zu Zeit und besonders gleich am ersten Abend belebende Vorträge gehalten werden.“ Unterzeichnet wurde der Aufruf von dem Bürgermeister, einem Buchhändler, einem Regierungsrat, einem Fabrikanten, zwei Lehrern, einem Beigeordneten, einem Zahnarzt, einem Weinhändler, einem Uni-

---

3 Hans-Werner Hahn, Es begann auch an Lahn und Dill. 150 Jahre Soziale Demokratie – Eine Partei und ihre Geschichte. In: MOGH 98 (2013), S. 117-135, hier S. 125 f.

4 Elke Brünle, Bibliotheken der Arbeiterbildungsvereine im Königreich Württemberg 1848-1918, Wiesbaden 2010, S. 509, Fn. 1351, die sich auf Othmar Fey, Zur bibliotheksgeschichtlichen Rolle der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, in: Bibliotheksarbeit heute, Folge 2, Leipzig 1960, S. 34 bezieht.

5 Josef Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Bonn 2001, S. 77 ff. sowie exemplarisch die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins in enger Verbindung zur Sozialdemokratie 1909, in Langgöns, (vgl. <https://spd-langgoens.de/gruendung-spd-langgoens>, Zugriff 01.09.2018, 11:29 Uhr)

6 Ludwig Brake, Auf dem Weg zur modernen Stadt: 1850 bis 1914. In: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hrsg.), 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997, Gießen 1997, S.182-214, hier S. 183 ff.

7 Olbrich, a.a.O., S. 75 f.

versitätsprofessor, einem Schreinermeister und einem Realschuldirektor.<sup>8</sup> Die im gleichen Jahr verabschiedete Satzung dieser „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Gießen“ sah in der Fassung von 1884 an weiteren Aktivitäten die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen, von Leseabenden und Vorträgen, die Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek und eines Lesezimmers sowie die Ausendung von Wanderlehrern vor. Außerdem zeigte sie sich bereit, andere Standorte, an denen noch keine Fortbildungsschulen existierten, zu deren Schaffung bei einer Vereinsbildung zu unterstützen.<sup>9</sup>



Abb. 1: Mitgliedschaft der Stadt Gießen in der Gesellschaft für Volksbildung 1884  
Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung

Im Rückblick auf die „Thätigkeit des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung in Gießen“ für das Jahr 1875 stand die Fortbildungsschule im Zentrum; dies entsprach der Vereinstätigkeit insgesamt, die sich nahezu ausschließlich deren Betrieb und Ausbau widmete. Mit unverkennbarem Stolz hob der Bericht eine wichtige Veränderung hervor: Bisher hätten die Schüler diese Schule nur auf freiwilliger Basis besucht; im November 1875 sei die Fortbildungsschule eine „obligatorische öffentliche Anstalt geworden.“ Für den Verein bedeute dies, dass sein Aktionsrahmen erweitert worden sei, er über mehr finanzielle Mittel verfüge als bisher und dass sein Wirken außerdem durch die „Autorität des Gesetzes“ gesichert würde.<sup>10</sup>

Den Hintergrund dafür bildete die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869, dem das Großherzogtum Hessen-Darmstadt für die Provinz Oberhessen 1866 beigetreten war. Diese sah in §106 vor, dass auf der Basis des Orts-

8 StdtAG, L 621, Gießener Anzeiger.

9 Zu den Vereinszielen vgl. § 2 des Statuts der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Gießen i.d.F. vom September 1884. StdtAG, L 621, Nr. 91.

10 Gießener Anzeiger, ebd.

statuts Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zum Besuch der Fortbildungsschule und deren Lehrherren zur entsprechenden Freistellung verpflichtet werden konnten. Diese Bestimmung wurde in die Gewerbeordnung des Deutschen Reiches von 1883 textgleich in §120 übernommen.<sup>11</sup>

Der Bericht ging zugleich auf die generelle Situation von Volksbildungsvereinen ein, die eine zunehmende Verbreitung fänden, deren hohe Bedeutung aber sowohl von der gewerblichen Wirtschaft als auch von der bildungsbedürftigen Jugend erst ganz allmählich erkannt würde. Doch sei es vielerorts gelungen, die Startschwierigkeiten und die damit verbundenen geringen Erfolge der Anfangszeit zu überwinden. So heißt es in einer Art generalisierender Zwischenbilanz 1875:

*„...die Ueberzeugung aber, daß der Gewerbestand nur durch erweiterte Kenntnisse und höhere Bildung zu größerer Tüchtigkeit und höherer Lebensstellung sich erheben könne, und daß alle Stände ohne Unterschied das unmittelbarste Interesse an der Erreichung dieses Zieles haben, gab immer wieder von neuem Anlaß, daß einsichtsvolle und für das allgemeine Wohl erwärmte Männer sich mit Ernst und opferbereiter Ausdauer der guten Sache annahmen.“<sup>12</sup>*

Deutlich wird hier neben dem Hinweis auf die gewerblich tätigen selbständigen Mittelschichten die Zielsetzung, nicht nur instrumentelle berufliche Fertigkeiten zu vermitteln, sondern auch die Teilhabemöglichkeit an der allgemeinen Bildung zu eröffnen. Damit deutete sich eine Utopie für die Entwicklung im heimischen Raum an, die in den Kontext der Industrialisierung bzw. deren regionale Vorboten gestellt wurde. Dies scheint in einer längeren Passage auf, in der die seit 1845 erfolgreich arbeitende Bildungseinrichtung für Jugendliche und junge Erwachsene in Essen, in einer Stadt mit „blühender Industrie“, hoher Bevölkerungszahl und Wohlstand zum ermutigenden Vorbild für Gießen genommen wurde. Wenngleich im kleineren Maßstab, so bestünden in Gießen doch unübersehbar *„...bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit denjenigen(..), welchen die Fortbildungsschule in Essen ihre Blüthe verdankt.“<sup>13</sup>* Breitenbildung und Wohlstand waren aus dieser Sicht eng miteinander verflochten und schienen eine realistische Entwicklungsperspektive zu bieten.

Für die spätere Volkshochschulgründung war der weitere Weg der Fortbildungsschulen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Im Zuge der verstärkten Industrialisierung bildeten je nach den lokalen und regionalen Gegebenheiten zahlreiche Fortbildungsschulen fachliche Schwerpunkte aus, zumeist in gewerblicher und kaufmännischer Hinsicht. Daraus sollte zu Beginn der Weimarer Republik schließlich deutschlandweit das berufliche Schulwesen entstehen, das das Grundkonzept der Fortbildungsschulen des späten 19. Jahrhunderts, die berufliche

---

11 Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund. Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes Band 1869, Nr. 26, S. 245-282 i.d.F. vom 21. Juni 1869, sowie Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1883, Nr. 15, Seite 177-240. Vgl. auch Brake, a.a.O., S. 183, den Hinweis auf die Städteordnung des Großherzogtums Hessen vom 13. Juni 1874, die den Kommunen erweiterte Selbstverwaltungskompetenzen einräumte und damit ihre Handlungsspielräume stärkte.

12 Brake, a.a.O. S. 183.

13 Ebd.

Qualifizierung mit einem Anteil an allgemeiner Bildung zu verbinden, aufnahm.<sup>14</sup> Mit der Entwicklung eines eigenständigen Schwerpunktes für die berufliche Bildung war faktisch der Aktionsrahmen für das Volkshochschulwesen zu Beginn der Weimarer Republik abgesteckt: Die neu gegründeten Einrichtungen wandten sich neben staatsbürgerlichen Themenstellungen vor allem der Allgemeinbildung und der Kulturvermittlung zu.

Dafür existierten Vorbilder, die mögliche Anregungen, oder aber auch die Chance zur Abgrenzung boten. Dazu zählten vor dem Ersten Weltkrieg die Volksbildungsvereine, die sich in der „*Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung*“ eine Verbandsstruktur gaben; sie verfolgten über die popularisierenden Formen der Wissens- und Kulturvermittlung eine sozialintegrative Strategie. Diese war dem Ziel verpflichtet, den Abstand der abhängig Beschäftigten, also der Arbeiterschaft in Handwerk und Industrie und der Angestellten in den kaufmännischen und Büroberufen zu den bürgerlichen Schichten zu verringern. Um die Verbreitung von Wissen bemühte sich auch die „Universitätsausdehnungsbewegung“, die stark von britischen Vorbildern geprägt war. Ihre Veranstaltungen boten einen inhaltlich anspruchsvollen, in der Präsentation zugleich vergleichsweise niedrigschwelligen Zugang zur bürgerlichen Kultur in Form von Vorträgen, die in populärwissenschaftlicher Weise einer bildungsorientierten Öffentlichkeit Inhalte der Universitätslehre vermittelten. Diese Form der Verbindung von Universität und städtischer Öffentlichkeit hatte in Gießen eine lange Tradition; schon im frühen 19. Jahrhundert war hier eine „Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst“ gegründet worden, die sich, ausgehend von der akademischen Lehre, der Verbreitung von Bildung widmete.<sup>15</sup> Hinzu kam, dass Volksvorlesungen und öffentliche Volksbüchereien allgemein zugänglich waren; schließlich gründete sich 1898 auch in Gießen ein Lesehallenverein, der eine Bibliothek sowie einen Lesesaal mit Zeitungen und Zeitschriften betrieb. Zeitgenossen beschrieben im Rückblick die Bildungsangebote für Erwachsene um die Jahrhundertwende als äußerst vielfältig.<sup>16</sup>

Von einem Hochschulangehörigen, dem Historiker und damaligen Privatdozenten Dr. Ernst Vogt im Sommer 1908 begründet, bestanden in Gießen „*Volksunterrichtskurse*“, die in den Räumen der Universität stattfanden. Sie wurden durch Veranstaltungen für Arbeiter und Unterbeamte,<sup>17</sup> die von Anhängern der Freistudentenschaft angeboten wurden, ergänzt. Man könnte die Volksunterrichtskurse in der Tradition der Universitätsausdehnungsbewegung sehen, würden hier nicht bereits radikale Neuerungen erkennbar. Das Hauptanliegen der Volksunterrichtskurse bestand nicht in der Popularisierung von Ergebnissen der Wissenschaft, sondern in der Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen in den

---

14 Andreas Schelten, Georg Kerschensteiner aus der Sicht moderner Berufspädagogik, in: Rudolf Tippelt, (Hrsg.), *Zur Tradition der Pädagogik an der LMU München*: Georg Kerschensteiner. Biographische, bildungs-, erziehungs- und lerntheoretische Aspekte, München 2006, S. 43-52, hier S. 43 f.

15 Olbrich, a.a.O., S. 96 f.

16 StdtGA, I, 621, 32.

17 Ebd., sowie Wilfried Speitkamp, *Modernisierung in der Krise 1918 bis 1945*, in: Brake/Brinkmann, a.a.O., S. 215-262, hier S. 225.

Kulturtechniken und in der staatsbürgerlichen Bildung. Auch in ihrer Didaktik und Methodik wiesen sie einen gänzlich anderen Charakter auf: Die reine Vortragsform wurde von gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Förderung abgelöst. Ihre Inhalte und Methoden verwiesen bereits auf die 1919 neu zu gründende Volkshochschule.<sup>18</sup>

## Der Prozess der Gründung

### Herausforderungen am Ende des Ersten Weltkrieges

*„Am 22. April 1919 hielt Herr Professor Weinel aus Jena in Gießen vor einem rasch zusammengerufenen Kreis von Frauen und Männern einen Vortrag über die Thüringer Volkshochschulbestrebungen mit ihren reichen Erfolgen. Die Besprechung ergab eine erfreuliche Übereinstimmung darin, dass wir in Gießen Ähnliches schaffen müssen. Es müssen alle Kreise des ganzen Volkes Gelegenheit haben, ihr Wissen und Verstehen zu verbessern; jeder muß zum Selbstdenken über alle Weltvorgänge erzogen werden. Die höhere Bildung darf nicht auf kleine Kreise beschränkt bleiben (...) Dadurch kann das so nötige gegenseitige Verständnis und Vertrauen der verschiedenen Volkskreise gefördert werden“.*<sup>19</sup>

Dieser Vortrag gab den Anstoß, nun auch in Gießen nicht mehr zurückzustehen. In der Einladung zur Vorbereitung einer Versammlung, in der ein Volkshochschulverein gegründet werden sollte, und die sich „an alle Kreise des Volkes“ richtete, heißt es:

*„Um für unsere Stadt die Errichtung einer solchen Volkshochschule in die Wege zu leiten, bildete sich ein freier Ausschuss von Frauen und Männern, der es sich angelegen sein lässt, bis zum Herbst dieses Jahres den Grundstein zum Bau zu legen. Dazu ist erforderlich, dass alle Kreise des Volkes mitwirken, alle Berufsstände, alle Schichten. In der großen Vereinigung, die die Volkshochschule gründet und leitet, darf ganz besonders der Kreis derer nicht fehlen, zu deren Gunsten der Bau errichtet werden soll. Die Stadt hat ihre Mithilfe versprochen und wird bis zur Bereitstellung eines eigenen Hauses die nötigen Räume hergeben. Die Mittel müssen uns Gönner und Freunde und alle Beteiligten liefern; sie sind nicht unerschwinglich hoch. Das Werk soll eine Wohltat für das ganze Volk, aber keine Wohltätigkeit für einzelne Kreise sein. Wir müssen aus allen Schichten Lehrer gewinnen. So wollen wir im Herbst mit einer würdigen Feier die Arbeit beginnen.“*<sup>20</sup>

Der „freie Ausschuss“ nahm sich also vor, dieses Werk anzugehen und eine Gründungsversammlung vorzubereiten. Dass die Initiatoren der Zusammenkunft ihren Plan im Anschluss an einen Vortrag des Jenaer Theologen und Volkshochschulmitbegründers Prof. Dr. Heinrich Weinel fassten, kann bereits als programmi-

---

18 Ernst Vogt war, inzwischen Professor, 1918 gefallen. Vgl. auch Heinz Minke, Die Entwicklung des Gießener Schulwesens Teil I, Gießen 1998, S. 330 f.

19 StdtAG, L 621, Nr. 20.

20 Ebd.

sche Vorherbestimmung der Richtung gelten, in der sich die Gießener bewegen wollten.<sup>21</sup>



**Einladung**  
zu einer  
**öffentlichen**  
**Versammlung**  
am **Donnerstag, den 24. Juli abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,**  
in der **Neuen Aula der Universität**  
zur **Gründung der**  
**Volkshochschule Giessen**

**Tagesordnung:**

1. Bericht über Zwecke und Ziele der Volkshochschule und über die Vorarbeiten für die Volkshochschule Giessen.
2. Das Programm des 1. Wintersemesters (Oktober–Dezember 1919).
3. Gründung des Vereins „Volkshochschule Giessen“.
4. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.

**Der vorläufige Arbeitsausschuss der Giessener Volkshochschule**

Oberbibliothekar Professor Dr. **Karl Ebel**, Stadtverordneter, Oberpostschaffner **Heinrich Fehl**, Lehrer **Martin Fischer**, cand. med. **Rudolf Görlich**, Bankdirektor **Ludwig Griessbauer**, Parteisekretär **Ernst Heller**, Frau **Th. Kämpfle**, Oberbürgermeister **Keller**, Berufsgenossenschaftssekretär **Hermann Kirchner**, Professor Dr. **W. König**, Professor Dr. **G. Krausmüller**, Stadtv. **Glaser Josef Maier**, Stadtv. **Gewerkschaftsbeamter Albin Mann**, Stadtv. Professor Dr. **W. Mittermaier**, Lehrer **Valentin Müller**, Stadtv. Lokomotivführer **Heinrich Schneider**, Direktor Dr. **H. Schnell**, Frau **Lina Schwöbel**, Lokomotivführer **Emil Simon**, Stadtv. **Prokurist Th. Vaubel**, Assistent Dr. **Hans Werner**.

Abb. 2: Einladungsplakat zur Gründungsversammlung der Volkshochschule Giessen 1919  
Quelle: Stadtarchiv Giessen, Bildersammlung

21 Vgl. ausführlich Bettina Irina Reimers, Die Neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919 – 1933, Weimar 2003; zu den Parallelen zwischen der Jenaer und der Gießener Gründung vgl. Reimers. a.a.O., S. 7 ff.

Die weitgehende „Auflösung der alten, traditions gelenkten Gesellschaft“<sup>22</sup> mit ihren festen Klassenstrukturen als eine Folge des verlorenen Krieges war für die Menschen der damaligen Zeit unmittelbar zu spüren. Man suchte nach neuem Halt und Orientierung inmitten der krisengeschüttelten Zeit; Erziehung und Bildung wurden zum überragenden Hoffnungsträger, sowohl für den Zusammenhalt der Gesellschaft - des „Volkes“ - als auch für eine Fundierung der jungen Demokratie. Menschen jeden Alters, aller gesellschaftlicher Schichten und Klassen, Männer und Frauen sollten sich zusammenfinden, und die gemeinsame Arbeit an einem Bildungsfundament sollte die Basis schaffen für einen gleichen Anteil aller am Staatsleben.

Hier ist Gießen eingebettet in den großen Kontext der deutschen Geschichte: Vierterorts gründeten sich nach Kriegsende Volkshochschulen, mit zum Teil höchst gegensätzlichen Zielen und Inhalten,<sup>23</sup> aber immer doch mit dieser allgemeinen Vorstellung, an der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung aktiv mitzuwirken. So erklärte die Reichsschulkonferenz 1920:

*„Die Volksbildung der Gegenwart hat durch die seelische, geistige und sittliche Not unseres Volkes besondere Bedeutung gewonnen (...) Das letzte Ziel der Volksbildungsarbeit liegt darin, die Vorbereitung für das Entstehen einer wirklichen Volksgemeinschaft zu sein.“*<sup>24</sup>

Das Landesamt für das Bildungswesen im Volksstaat Hessen wünschte der Volkshochschule in Gießen 1919, sie möge

*„wieder Brücken bauen zwischen den auf Grund äußerer Besitz- und Bildungsunterschiede einander bis zur Todfeindschaft entfremdeten Volksklassen.“*<sup>25</sup>

Andererseits und nicht zuletzt gab es aber darüber hinaus auch handfest und kurzfristig politisches Interesse am Ausbau der Volksbildungsarbeit: Auch in Gießen war nämlich wie überall im Reich unter den heimkehrenden Soldaten die Arbeitslosigkeit besonders hoch, höher noch als in der übrigen ohnehin schon belasteten Gesellschaft. So fürchtete man nicht zu Unrecht Konflikte und soziale Spannungen sowie auch sozialpsychologische Probleme gerade unter den heimgekehrten und aus ihren Zusammenhängen gerissenen Soldaten, die in Unzufriedenheit und Resignation, aber auch in einem Anstieg von Gewaltbereitschaft münden konnten. Radikalisierung, Revolution, Umsturz und Chaos zeichneten sich am Horizont des eigentlich eher friedfertigen Gießens ab. Insofern standen zu Recht um die Jahreswende 1918/19 die Frage der inneren Sicherheit und der Komplex

---

22 W. Strzelewicz, H.-D. Raapke, W. Schulenberg, Bildung und gesellschaftliches Bewusstsein, Stuttgart 1973, S. 3.

23 Vgl. Reimers a.a.O., Josef Olbrich, a.a.O., Hans Tietgens, Ideen und Wirklichkeiten der Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen, 2001. (<http://www.die-bonn.de/id/6178>)

24 Art. 148.3 der Weimarer Verfassung, zit. nach Karin Büchter, Weiterbildung für den Arbeitsmarkt und im Betrieb 1919 – 1933, Hamburg 2010, S. 58. (<http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2010/2613/>)

25 StdtAG, L 621, Nr. 34.

der Demobilmachung mit all seinen sozialen Folgen an erster Stelle der politischen Arbeit.<sup>26</sup>

Der Problemlage entsprechend empfahl das am 7. November 1918 eingerichtete „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung“ bereits am 23.1.1919 den lokalen Demobilmachungsausschüssen, neben Arbeitsbeschaffungs- auch Volksbildungsmaßnahmen zu fördern, um von Erwerbslosenkursen bis zu geordneter Freizeitgestaltung zur geistigen Betreuung und Fortbildung der demobilisierten Soldaten beizutragen. Es wurde empfohlen, Volksbildungskommissionen zu bilden, die den Demobilmachungsausschüssen angegliedert werden könnten.<sup>27</sup> Im gleichen Sinne wandte sich das „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung“ am 23. Februar 1919 an die Gießener Universität mit der Bitte um ein Gespräch über

*„die Frage der Volkshochschule, der von Seiten des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung das größte Interesse entgegengebracht wird.“<sup>28</sup>*

Am 1. Juni 1919 wurden neue Stadtverordnete in Gießen gewählt. Bereits in ihrer ersten Sitzung am 14. Juni richtete die Stadtverordnetenversammlung einen „Volksbildungsausschuss“ ein.<sup>29</sup> Zu diesem Zeitpunkt war das „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung“ schon wieder aufgelöst, und seine Aufgaben waren an verschiedene Ministerien verteilt. In Gießen jedoch war das Ansinnen des Amtes auf fruchtbaren Boden gefallen und es ist zu vermuten, dass Oberbürgermeister Karl Keller als Gründungsmitglied der Volkshochschule zu einem wichtigen Motor wurde.

Die Gießener Initiatoren der Volkshochschule bewegten sich also zwischen aktuellen gesellschaftspolitischen Anforderungen und weit reichenden Entwurfsmodellen für eine bessere Zukunft - aus welcher Stadtgesellschaft heraus und für welche Stadtgesellschaft wollten sie sich engagieren?

## **Das Umfeld: „Die“ Gießener**

Wer also waren „die“ Gießener?<sup>30</sup> Gießen war zu Kriegsende eine bürgerlich und kleinbürgerlich geprägte Mittelstadt, ausgestattet mit einer Universität, einer Garnison und einiger Industrie, aber in seiner Struktur bestimmt von seiner Funk-

---

26 Speitkamp, a.a.O., S. 218. Demobilmachung meinte nicht nur die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, sondern nicht zuletzt auch, etwa durch Arbeitsumverteilung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Masse der arbeitslosen Ex – Soldaten wieder in das Wirtschaftsleben der Friedenszeit einzubinden.

27 Zu der Tätigkeit des Demobilmachungsausschusses vgl. die „Reichsverordnung über das Freimachen von Arbeitsstellen“ vom 25. April 1920, Reichsgesetzblatt 1920, S. 708.

28 Archiv der JLU Gießen, Nr. 85: die Antwort der Universität ist nicht überliefert. Dass die heimkehrten Soldaten im Blick der Gießener Volkshochschulgründer standen, belegt ein Bericht im Gießener Anzeiger vom 18.8.1919 (StdtAG) über einen „Unterhaltungabend des Empfangsausschusses für heimgekehrte Kriegs- und Zivilgefangene“ im Durchgangslager, anlässlich dessen Prof. Dr. Mittermaier, der Erste Vorsitzende des Volkshochschulvereins, „eine Ansprache (hielt), in der er kurz das gegenwärtige Deutschland schilderte. Er fand aufmunternde Worte, die in den Herzen der Heimgekehrten die Liebe zur Heimat unter den neuen Verhältnissen erstrebten.“

29 StdtAG. Gießener Stadtverordnete und Stadtverordnetenwahlen seit 1819.

30 Die Darstellung basiert im Wesentlichen auf Speitkamp, a.a.O., S. 215 ff.

tion als regionales Zentrum im Bereich Verwaltung, Handel und gewerblicher Versorgung, eher als von Elementen einer klassischen Industriestadt mit selbstbewusster Arbeiterschaft. In den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung erhielt das bürgerliche Lager, wenn es sich zusammentat, entsprechend regelmäßig über 50% der Sitze, während die Arbeiterparteien sich im Bereich der 30% bewegten.<sup>31</sup> Brüche, wenn sie sich im Bürgertum anbahnten, wurden in Gießen vielfach verdeckt durch die integrative Politik des Oberbürgermeisters, den man 1914 „lebenslang“ in sein Amt gewählt hatte. Die Gießener Presselandschaft zeigte ein ähnliches Bild. Der nationalliberal orientierte „*Gießener Anzeiger*“ war das bedeutendste Organ und wurde „*vom Universitätsprofessor bis zum Arbeiter*“ gelesen. Die nächst größere sozialdemokratische „*Oberhessische Volkszeitung*“ erreichte nur etwa ein Viertel der Auflage des Anzeigers.<sup>32</sup> Insgesamt vermied man Polarisierungen, wenn es möglich war: Die Kooperation zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten, dem „Bürgerrat“ und der Stadtverwaltung zeigen dies.

Bezeichnend für Gießen war, der bürgerlich – kleinbürgerlichen Struktur entsprechend, ein ausgeprägtes und breit differenziertes Vereinswesen, das laut Speitkamp

*„geradezu als Spiegelbild und Charakteristikum der Gießener Bürgerkultur gelten kann. Für das Jahr 1931 etwa gab das Gießener Adreßbuch rund 300 Vereine an. Darunter fanden sich, Ausdruck kommunaler Gemeinschaftstradition, zahlreiche Bildungs- und Belehrungsvereine sowie gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen. Das reichte vom Alicenschulverein über Vereine zur Bekämpfung des Alkoholismus und den Guttemplerorden bis hin zur Freimaurerloge 'Ludwig zur Treue'. Auch bestand weiterhin der 1898 gegründete Lesehallenverein, der eine Bücherei und einen Zeitungs- und Zeitschriftenleseraum unterhielt. Aus einer neuen Vereinsinitiative entstand nach dem Ersten Weltkrieg die Volkshochschule. Hinzu kamen zahlreiche Gesang-, Musik- und Theatervereine sowie Geselligkeitsvereine. (...) Weiterhin sind zahlreiche konfessionelle Vereinigungen zu erwähnen, die besonders auch Sozial- und Jugendarbeit betrieben, (...), Kunst- und wissenschaftliche Vereine sowie eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher studentischer Verbindungen. Das Gießener Bürgertum war mithin in vielfacher Weise öffentlich organisiert und engagiert. Die Vereinskultur blieb indes eher unpolitisch. Sie repräsentierte eine quasi nebenrepublikanische Welt des Gemeinschaftslebens, das von dem Glauben an bürgerlichen Konsens lebte“<sup>33</sup>*

Die Gießener waren also erfahren im Einrichten von Vereinen. Allerdings ragt speziell die Gründung der Volkshochschule aus der eher unpolitischen Vereinskultur heraus: Zu sehr waren doch gesellschaftspolitische Vorstellungen mit dieser Gründung verbunden, zu sehr waren die Gründungen von Volkshochschulen nach dem Ersten Weltkrieg insgesamt eingebettet in die allgemeine Weimarer Bildungsexpansion und gedacht als eine Antwort auf die Umbrüche im politischen und ge-

---

31 Differenzierter vgl. Speitkamp, a.a.O., S. 228. In der ersten Stadtverordnetenversammlung, gewählt am 1. Juni 1919, erhielt die USPD acht, die SPD sieben, die Vereinigte Bürgerliche Liste 25 und die Liste der Privatangestellten zwei Sitze.

32 Ebd. S. 229.

33 Ebd. S. 225.

sellschaftlichen Leben. Nicht umsonst war das Interesse des Oberbürgermeisters an der Einrichtung einer Volkshochschule deutlich – er übernahm gleich 1919 den Vorsitz des Volkshochschulausschusses im Stadtparlament – und es ist bezeichnend, dass sich unter den 21 Mitgliedern des „Vorläufigen Arbeitsausschusses der Gießener Volkshochschule“ sechs Stadtverordnete und der Oberbürgermeister selbst befanden. Insofern leuchtet es ein, wenn Speitkamp die Gründung der Volkshochschule einbettet in eine Politik der bürgerlichen Stadtregierung,

„(...) die Stadt durch die unruhigen Zeitläufte zu lenken, indem sie strukturelle Modernisierung, soziale Fürsorge und gemeinschaftsbildende Maßnahmen miteinander verband“.<sup>34</sup>

Hier verortet Speitkamp neben Stadttheater und Jugendherberge Volksbad, Volkshalle und Volksbildungsausschuss und schließlich auch die Volkshochschule:

„Der Volksbegriff wurde zum Schlüsselwort, auf dem sozialen und kulturellen Sektor sollte er eingelöst werden“.<sup>35</sup>

Unter den zahlreichen Bildungs- und Belehrungsvereinen ist allerdings in unserem Zusammenhang einer besonders hervorzuheben: Im Sommer 1908 bereits hatte der Historiker Prof. Dr. Ernst Vogt, damals noch Privatdozent, gemeinsam mit „19 Studenten und drei Studierten“ sogenannte „Unterrichtskurse für Arbeiter und Unterbeamte“ eingerichtet, die vor dem Krieg mit einigem Erfolg in den Räumen der Universität abgehalten worden waren.<sup>36</sup> Diese „Volksunterrichtskurse“ wurden „auf mehrfach geäußerten Wunsch“ ab dem 14. Mai 1919 wieder aufgenommen, und zwar gezielt mit der Absicht, die Arbeit im folgenden Winter in der kommenden Volkshochschule aufgehen zu lassen.<sup>37</sup> Auf den Erfahrungen aus diesen Kursen konnten die Initiatoren der Volkshochschule aufbauen. Die Teilnehmer (und wenige Teilnehmerinnen) kamen aus allen Altersgruppen, waren im Schwerpunkt zwischen 25 und 35 Jahre alt und rekrutierten sich zu je einem Drittel aus Unterbeamten und Metallarbeitern, ansonsten gab es relativ viele Schneider, aber kaum Tabakarbeiter (dies vielleicht eher zufällig),<sup>38</sup> und sie kamen nicht nur aus Gießen, sondern auch aus der Umgebung, nahmen also zum Teil ziemliche Wegstrecken in Kauf. Es scheint somit einen handfesten Bedarf gegeben zu haben, und zwar sowohl an elementaren Kursen in Rechtschreibung und Rechnen, als auch als auch darüber hinaus an allgemeinbildenden Kursen, an kulturellen Veranstaltungen und an Kursen zu „Bürgerkunde“ – unter der gezielten Vermeidung „partei-politischer“ Fragen, wie die Veranstalter betonen. In den Anfängen fanden sich nur männliche Teilnehmer ein, hierin sah man ein Problem, das angegangen werden sollte. Auch die Finanzfrage stellte sich frühzeitig: Wollte man das Theater-, Konzert-, Ausstel-

---

34 Ebd., S. 229.

35 Ebd., S. 231.

36 StdtAG, L 621, Nr. 35, vgl. auch Minke, a.a.O., S. 330 f.

37 StdtAG, L 621, Nr. 10.

38 Möglicherweise ist diese Besonderheit der Tatsache geschuldet, dass in der Zigarrenfabrikation überwiegend Frauen beschäftigt waren, deren Verpflichtungen im Haushalt neben der Erwerbsarbeit wenig Raum für Abendunternehmungen boten. Es ist bezeichnend, dass der Bericht auch verzeichnet, man habe wenig Frauen erreicht.

lungs-, und Ausflugsprogramm entsprechend der großen Nachfrage ausbauen, so hätte man sich gewünscht, dass „*der eine oder andere unserer reicheren Mitbürger dem Unternehmen ein fühlbares Interesse entgegenbringt*“. Aber immerhin öffnete die Universität bereitwillig ihre Pforten, so dass sich für die studentische Initiative keine Raumfrage stellte.

Die Verbindung zu diesem Vorläufer wurde mitunter auch kritisch gesehen. Im Gießener Anzeiger unter dem 19. Juli, also eine Woche vor der Gründungsversammlung, lesen wir:

*„Man schreibt uns: Über das Wesen der Volkshochschule und ihre Ziele scheint hier und da noch immer einige Unklarheit zu bestehen, ja, bedauerlicher Weise macht sich, wenn auch allerdings nur ganz vereinzelt, sogar eine gewisse Mißstimmung und ablehnende Haltung bemerkbar. Schuld daran scheint der Volkshochschulkurs im vorigen Monat zu sein, der besonders durch die etwas einseitige Auswahl seiner Stoffe und seiner Hörer an verschiedenen Orten Mißbilligung erregt hat. Wie schon an dieser Stelle erwähnt wurde, fallen derartige Bedenken im Hinblick auf die zu gründende Gießener Volkshochschule fort“.*<sup>39</sup>

Offenbar gab es „Kreise“ - genauer lässt sich das nicht eruieren – die den möglichen politischen Absichten der Neugründung ein gewisses Misstrauen entgegenbrachten. War dies vielleicht auch begründet auf die Rekrutierung der früheren Studenten aus der „Freien Studentenschaft“ (s.o.) oder die politische Herkunft einzelner Gründungsmitglieder (s.u.)? Steckten hinter der „*Mißbilligung an verschiedenen Orten*“ rechtskonservative Kreise um den Gießener Landtagsabgeordneten Dr. Ferdinand Werner (DNVP), der Ähnliches nicht müde wurde im Landtag zu bemerken?<sup>40</sup> Zeigt sich hier ein Ansatz grundlegender Kritik von „Bildungswahn“, „Bildungswut“ und Bildungsprotzstum“, von „Volkshochschulbildung als Massenware“, „Volkshochschulrummel“ und „Vermehrung der Halbbildung“,<sup>41</sup> hinter der Ängste vor einer nivellierenden Umbildung der Gesellschaft standen?<sup>42</sup> Jedenfalls beeilte man sich seitens des aktuellen Gründungsausschusses mehrfach, die beabsichtigte Wahrung völliger politischer und religiöser Neutralität zu betonen und nicht auf eine Weltanschauung festgelegt zu sein.

Bei aller Beschwörung von Parteiunabhängigkeit und Überparteilichkeit vertraten die Gießener Gründungsväter und -mütter aber doch im Grundsatz eine demokratische Zielsetzung und die feste Absicht, zur Fundierung einer demokratisch organisierten Gesellschaft beizutragen. Auch wenn sie zweifellos nicht angetreten waren, „*die Parteienstruktur der neuen Republik durch Erwachsenenbildung zu*

---

39 StdtAG L621, Nr. 36.

40 Vgl. etwa Karl Storck, Schulpolitik und Volksbildung in Hessen. Voranschlagsberatung im Hessischen Landtag 1925, in: Schriftenreihe des Hessischen Landes – Lehrervereins Heft 1, Darmstadt 1925.

41 StdtAG L621, Nr. 32, Werbebroschüre von Dr. Hans Werner.

42 Büchler, a.a.O., S. 55 f.

stärken“;<sup>43</sup> hatten sie doch in der Konkretisierung eindeutig ein am demokratischen Anspruch der Verfassung orientiertes Konzept. Damit standen sie jedenfalls im Widerspruch zu konservativen bis reaktionären, letztlich auch zu späterer nationalsozialistischer Propaganda hinführenden Vorstellungen, die „Volk“ und „Staat“ als unabhängig sehen wollten von demokratisch gewählten Regierungen und Parlamenten.

Die Befürchtungen der oben genannten „Kreise“ waren allerdings nicht ganz aus der Luft gegriffen: Die *„Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung in Hessen für Arbeiter und Angestellte“* hatte im Namen des *„Landesamtes für das Bildungswesen“* bereits Anfang 1919 eine eigene Initiative zur Bildung einer Volkshochschule in Gießen ergriffen, und zwar im Rahmen der Universität unter der Leitung des Philosophen und Pädagogen Prof. August Messer. Hier hatte man im Blick, *„Führer“* heranzubilden, die die neue Ordnung des Staates und der Gesellschaft in das Volk hineintragen könnten, und in diesem Sinne quasi Netzwerke zu bilden. Der Stundenplan dieser Universitätsunternehmung konnte sehr wohl den Verdacht begründen, hier werde einer *„sozialistischen“* Weltanschauung das Wort geredet. Auch von dieser Initiative grenzte sich die geplante Gießener Volkshochschule zwar öffentlich ab,<sup>44</sup> aber nichtsdestotrotz scheint es zwischen den drei engeren Gießener Volksbildungsinitiativen keine nennenswerten Konflikte gegeben zu haben: Man arbeitete in der schließlich gegründeten Volkshochschule einträchtig zusammen.<sup>45</sup>

## Die Initiatoren

Wer waren die am 22. April 1918 *„rasch zusammengerufenen Frauen und Männer“*, die nach dem Vortrag des Jenaer Theologen Heinrich Weinel zu der Ansicht kamen, man müsse in Gießen eine Volkshochschule nach Jenaer Vorbild ins Leben rufen? Wer hatte sie eingeladen? Wie dem auch sei, die Zusammensetzung des dort gegründeten Ausschusses für die Volkshochschule war recht erfolversprechend.

So bildeten die Vertreter der Politik, die zu etwa einem Drittel den Ausschuss bestückten, im Wesentlichen die demokratischen Weimarer Parteien ab. Oberbürgermeister Dr. Karl Keller und der Parteisekretär Ernst Heller sowie der Lokomotivführer Emil Simon und der Lehrer Martin Fischer (später Kreisschulrat) standen für die Freisinnigen (DDP); der Gewerkschaftsbeamte Albin Mann (Oberbürgermeister nach 1945) repräsentierte die SPD und der Glaser Josef Maier die USPD. Die Lehrer Valentin Müller und Prof. Dr. Georg Krausmüller standen für

---

43 Franz Pöggeler, Zum Verhältnis von Pädagogik zur Demokratie, in Manfred Heinemann, Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, 1976, S. 245–250, hier S. 247 f.

44 Gießener Anzeiger vom 14. Juni 1919, StdtAG L621, Nr. 36.

45 Der erste Geschäftsführer der Volkshochschule, Dr. Hans Werner, wies in der von ihm formulierten Werbebroschüre darauf hin: *„Bereits vor dem Kriege zeigte sich auch hier in Gießen lebhaftes Interesse für die Volksbildungsarbeit, es sei nur an die so erfolgreichen studentischen Kurse für Arbeiter und Unterbeamte erinnert. Und gerade in den letzten Jahren zeigt der lebhafteste Besuch der neuerdings wieder eingerichteten Volksunterrichtskurse, wie trotz oder gerade wegen des Ernstes der Zeit das Bedürfnis nach Bildung weiteste Kreise erfaßt hat.“* StdtAG l621Nr. 32.

die DVP. Der Universitätsbibliothekar Prof. Dr. Karl Ebel zählte zur Vereinigten bürgerlichen Liste.<sup>46</sup>



*Abb. 3: Dr. Karl Keller 1914, Oberbürgermeister der Stadt Gießen (1914-1934),  
Mitbegründer und kommunaler Förderer der Volkshochschule der Stadt  
Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung*

Einen weiteren Block bildeten die Angehörigen der Universität (zum Teil auch sie unter den Stadtverordneten): Allen voran muss hier der Jurist Prof. Dr. Wolfgang

---

<sup>46</sup> StdtAG, Gießener Gemeinderäte, Gemeinderatswahlen, Stadtverordnete und Stadtverordnetenwahlen seit 1819.

Mittermaier<sup>47</sup> als Spiritus Rector und Motor der Entwicklung genannt werden, der unermüdlich die demokratische Sache auch in Hessen vorantrieb durch Mitarbeit in der verfassungsgebenden Versammlung und vielfältige staatsbürgerkundliche Vorträge, wo auch immer er dazu aufgefordert wurde, und der schließlich der erste und langjährige Erste Vorsitzende der Gießener Volkshochschule wurde.



*Abb. 4: Geheimrat Prof. Dr. Wolfgang Mittermaier (1867-1956), führender Mitbegründer und Vorsitzender des Trägervereins der Volkshochschule Gießen 1919-1927  
Quelle: Bildarchiv von Universitätsbibliothek und -archiv Gießen*

Ihm zur Seite standen seitens der Universität im Gründungsausschuss der Physiker Prof. Walter König und der Universitätsbibliothekar Prof. Karl Ebel. Ganz

---

47 Vgl. Hans-Georg Gundel, Peter Moraw, Volker Press (Hrsg), Gießener Gelehrte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Gießen 1982, S. 658 ff. Wolfgang Mittermaier war bis 1933 Rechtswissenschaftler an der Gießener Universität und hat unter anderem sich mutig für seine Schüler jüdischer Abstammung eingesetzt. Ihm zur Erinnerung verleiht die Gießener Universität den „Mittermaier–Preis für gute Lehre“.

wesentlich gestaltet wurde die Angelegenheit der Volkshochschule aber durch den Assistenten am Kunstwissenschaftlichen und am Archäologischen Institut Dr. Hans Werner, der sich die Sache so zu eigen machte, dass er die Universität verließ und erster hauptamtlicher Geschäftsführer der Volkshochschule wurde. Von ihm stammen die Werbebroschüren, in seiner Wohnung in der Löberstraße 26, II. Stock befand sich die Geschäftsstelle. Er war auch an den Kursen der Freien Studentenschaft für Arbeiter und Unterbeamte beteiligt gewesen, ebenso wie der cand. Med. Rudolf Gerlach.

Zudem hatte man sich der Mitarbeit des Direktors der Oberrealschule versichert, denn in den Räumen seiner Schule sollten die meisten Veranstaltungen stattfinden. Dr. Heinrich Schnell leitete mit der „ORG“ (heute Liebigsschule, volkstümlich LIO) eine Schule, die seit 1914 Abiturberechtigung hatte, die ebenso wie die Volkshochschule von der Weimarer Bildungsexpansion erfasst war, und in dessen Kollegium sich einige herausragend für die Volksbildung engagierte Lehrer befanden, neben dem oben genannten Prof. Georg Krausmüller etwa der Chemiker Dr. Wilhelm Flörke. Aus dem Kreise der Lehrer an Gießener Schulen kamen denn auch nicht geringe Teile des Lehrpersonals.<sup>48</sup>

Generell wurde mit dem Anspruch, „*alle Kreise des Volkes*“ zu beteiligen, Ernst gemacht. Wir finden den Oberpostschaffner Heinrich Fehl neben dem Prokuristen Th. Vaubel, den Lokomotivführer Heinrich Schneider neben dem Berufsgenossenschaftssekretär Hermann Kirchner, den Bankdirektor Ludwig Griessbauer von der mitteldeutschen Kreditbank als Kassierer neben Frau Therese Kämmele, der Frau des Lokomotivführers Karl Kämmele und der Lehrerswitwe Frau Lina Schwöbel.<sup>49</sup>

### **Kooperationspartner**

Noch vor den Schulen bot sich als wichtigste Institution der Erwachsenenbildung auf den ersten Blick die Universität als Kooperationspartner an. Sie war bereits im Februar 1919 im Visier des Reichsamtes für Demobilmachung gewesen (s.o.), und hatte Anfragen und Aufforderungen seitens des Landesamtes für das Bildungswesen erhalten, sich an dem großen Werk zu beteiligen.<sup>50</sup> Einzelne Mitglieder des Lehrkörpers, der Mitarbeiter und der Studenten waren auch überaus engagiert – die Institution selbst hielt sich aber doch eher zurück. Ein Vortrag für den Gesamtssenat, erstattet von Prof. Walter König<sup>51</sup> und am 5. März in der Sitzung des Gesamtssenats einstimmig angenommen, belegt dies eindrücklich. Zunächst wird der solide Aufbau der Volkshochschule gewürdigt und betont, dass ja bereits ein wichtiger Akteur, nämlich der Vereinsvorsitzende Mittermaier, der Universität

---

48 Vgl. Ulrike Krautheim, Die historische Entwicklung der Liebigsschule bis 1945, in Erwin Glum (Hrsg.), 1837 – 1987. 150 Jahre Liebigsschule, Gießen 1997, S. 12 – 62, hier S. 45 ff.

49 StdtAG, 1621, Nr. 36 und StdtAG, Adreßbuch der Stadt Gießen, 1931.

50 Archiv der JLU Gießen, Nr. 85 (23. 2. 1919).

51 Prof. Dr. Walter König war als Mitglied des Gründungsausschusses an der Volkshochschulinitiative beteiligt und insofern mit den Gegebenheiten vertraut. Er berief sich auf einen Bericht des Geschäftsführers der Volkshochschule, Dr. Hans Werner, der nicht mehr bei den Akten liegt.

angehöre. Alsdann werden 12 Herren aus allen Fakultäten benannt, die sich an den Kursen der Volkshochschule beteiligten.<sup>52</sup> Drei weitere Herren hätten Hörer der Volkshochschule zu ihren allgemeinverständlichen Vorlesungen eingeladen. Dass dieser Kreis nicht größer sei liege daran, dass nicht jeder Universitätsdozent die hohen pädagogischen Anforderungen an allgemeinverständliche Vorlesungen zu erfüllen in der Lage sei. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass der zeitliche Aufwand für die Planung einer solchen Vorlesung über die Maßen hoch sei. „Nicht ohne lebhaftes Bedauern (müsse man sich daher) die werktätige Teilnahme an diesen, sozial so wichtigen Bestrebungen versagen“. Dann allerdings wird im Folgenden deutlich, dass man doch auch eher Abstand zu halten wünscht:

*„Von einer weiter gehenden Beteiligung der Universität als solcher an der Volkshochschule, in Gestalt offizieller Beratungsstellen, (...) können wir nur auf das Entschiedenste ab-raten. Es ist zu Genüge bekannt, welches Mißtrauen gegen die Universität und die Professoren in den Kreisen der Bevölkerung, besonders in den Arbeiterkreisen, herrscht. Soll das Interesse an der Volkshochschule sich allmählich in immer weiteren Kreisen unseres Volkes verbreiten, so muss alles sorgfältig vermieden werden, was den Schein der Beeinflussung oder gar Bevormundung durch die Berufsgelehrten und ihre höchste Vertretung, die Universität, erwecken könnte. Nach der bisherigen Entwicklung der Volkshochschule glauben wir das Vertrauen haben zu können, dass sie sich ganz aus sich heraus zu einem lebenskräftigen Organe unserer allgemeinen Volksbildung allmählich entwickeln wird. Nur dadurch, daß ihr das gelingt, daß sie aus eigener Kraft Boden und Geltung erringt, kann sie ihre Daseinsberechtigung erweisen.“<sup>53</sup>*

Auch der Einrichtung von Fortbildungskursen, die zu einer Zulassung zum Hochschulstudium jenseits des klassischen Abiturs berechtigen - ein Ansinnen, das am 14. Mai 1919 der Universität vorgestellt wurde - verweigerte man sich auf das Entschiedenste.<sup>54</sup> Vermutete man hier vielleicht Varianten der Universitätsaus-

---

52 Archiv der JLU Gießen, L.U.1278, S. 2. Das Engagement war oft fachlich begründet und von sozialer Verantwortung getragen. So beteiligten sich aus dem medizinischen Umfeld Emil Gotschlich, Direktor des Hygienischen Instituts und Forscher zum Wohnungselend und sein Mitarbeiter Otto Huntemüller, Fachmann für Sport und Gesundheit, Karl Bürker, Physiologe, Emanuel Köppe, Pädiater und ärztlicher Direktor der Großherzoglichen Zentrale für Mutter- und Säuglingspflege und Hermann Griesbach, Mediziner, Gewerbehygieniker und Pädagoge, Begründer des Vereins für Schulgesundheitspflege. Dass aus diesem Kreis nicht nur soziale Fürsorge, sondern auch ein Kurs über Vererbung und Rassenhygiene angeboten wurde, sei am Rande erwähnt. Mit August Dell war ein systematischer Theologe und Kirchengeschichtler vertreten. Neben dem Juristen Wolfgang Mittermaier engagierte sich der Rechtsphilosoph Carl August Emge, die Geschichte war mit Gustav Roloff vertreten und zur Pädagogik bekannten sich August Messer und Karl Roller, ab 1923 Direktor der Oberrealschule (ORG). Gotschlich, Griesbach und Huntemüller trauten sich auch zu, Hörer der Volkshochschule in ihren Universitätsveranstaltungen mit zu versorgen. Die Botanik stellte mit dem Garteninspektor Friedrich Rehnelt einen begnadeten Volksbildner. Dem universitären Mittelbau zuzurechnen und mit einem Standbein in der Schule waren Wilhelm Flörke, Chemiker (ORG), Georg Faber, Literaturwissenschaftler (ORG) und nicht zuletzt der Kunsthistoriker Hans Werner.

53 Ebd., S. 3.

54 Archiv der JLU Gießen, L.U. 54

dehnungsbewegung, denen man einen Riegel vorschieben müsste, bevor die eigenen Strukturen in Frage gestellt würden?



*Abb. 5: Die Oberrealschule Gießen 1914, vom der Stephanstraße aus gesehen (heutige Liebigsschule). Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung*

So beschränkte sich das Angebot der Institution Universität gegenüber der Volkshochschule auf die Benutzung der Lehrmittel und gelegentlich einzelner Räume – wobei natürlich jedem Mitglied der Universität eine Mitarbeit offenstehe, wie man betont. Die namentlich benannten Herren kamen überwiegend aus der juristischen und der medizinischen Fakultät, soweit sie nicht als Privatdozenten oder Assistenten ein zweites Standbein in einer der Gießener Schulen, insbesondere in der ORG hatten. Ihre Lehrveranstaltungen weisen sie bezeichnender Weise aus als Professoren, die zum Teil auch an der Universität bereits Angebote für Hörer aller Fakultäten und für die Allgemeinheit zugängliche Vorlesungen machten.<sup>55</sup>

Gründungsvater Mittermaier ließ sich aber in seiner Zuversicht nicht bremsen: Nur noch noch in begeisterten Stichpunkten finden wir in seinem Redemanuskript anlässlich der Gründungsveranstaltung folgende Zusammenstellung aller, die sich an dem großen Werke beteiligen sollten:

---

<sup>55</sup> Exemplarisch vgl. SS 1919, Karl Bürker (med.): „Grundzüge der Lehre vom Leben für Hörer aller Fakultäten“. Zu allen Informationen zum Personal der Universität vgl. die Vorlesungs- und Personalverzeichnisse der Universität Gießen, 1629 – 2008, <http://geb.uni-giessen.de/geb7/volltexte>.

- „- *Engste Verbindung mit allen Bildungsbestrebungen.*  
 - *Universität: Lehrer und eine Reihe von Vorträgen.*  
 - *Studentische Abendkurse – Bibliothek.*  
 - *Mittelschulen: Lehrer und Lehrsäle, Institute.*  
 - *Volkschule ebenso.*  
 - *Fachschulen: Ergänzung, z.B. Gewerbeschule.*  
 - *Andere Veranstaltungen: Gewerbeverein, Kaufmänn. Ver.*  
 - *Liebigmuseum, Rhein Mainischer Verband, Lesehalle!!*  
 - *Die Museen!! Das Theater!!*

*Gemeinsamkeit der Bestrebungen, aber doch etwas Neues, der Gedanke der fortdauernden Arbeitsgemeinschaft und der Kurse“.<sup>56</sup>*

Schließlich konnte man auch auf die Kooperation von Volksbildungsbewegungen in der Region und darüber hinaus rechnen: Etwa in Wetzlar, Hohensolms, Butzbach und Marburg, aber auch der christlich – sozialistische Habertshof bei Schlüchtern zählten dazu, zu dem der frühe Gießener Mitarbeiter Heinrich Pröschold als Gastlehrer Beziehungen unterhielt.<sup>57</sup> Mit der Zentralstelle der Landesregierung für Volksbildung in Darmstadt stand man im regen Austausch und dem Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung hatte man sich angeschlossen. Die Volkshochschulgründer hatten frühzeitig ein überregionales Netzwerk gebildet, wo zwischen Erfahrungsaustausch und Vermittlung von Mitarbeitern bis hin zu heißen Diskussionen über Fragen der eigentlichen Zielsetzung gestritten wurde – notfalls auch mit harten Bandagen. Wieweit wollte man berufliche Fortbildung? Wie sollte das Verhältnis von Wissensvermittlung und Persönlichkeitsbildung sein? In welchem Verhältnis stehen „Kenntnis“ und „Erkenntnis“? In welchem Individuum und Gemeinschaft? Will man Volksbildung verbreiten („alt“) oder gestalten („neu“)? Zwischen diesen und anderen zentralen Fragen mussten die Gießener ihren Weg finden.

## **Ziele der Gießener Volkshochschulgründung**

*„Das einzige Mittel, unser deutsches Volk zu retten und zu neuem Leben zu erwecken, ist die völlige Umänderung unseres Erziehungswesens, die sich aber nicht nur auf die Jugend erstrecken darf, sondern unser ganzes Volk umfassen muß.*

*Während die Erziehung der Jugend in Haus und Schule in erster Linie Angelegenheit des Elternhauses und der staatlichen Behörden ist, soll die Arbeit der neu zu bildenden Gießener Volkshochschule der Bildung und Erziehung der Erwachsenen in erster Linie gelten. Sie will die vorhandene Bildung vertiefen und erweitern, sie will den Einzelnen wappnen für die schweren Kämpfe wirtschaftlicher und geistiger Art, die in der kommenden*

---

56 StdtAG L621 Nr. 16.

57 Vgl. Emil Blum, *Der Habertshof. Werden und Gestalt einer Heimvolkshochschule*, Neuwerkverlag, Kassel 1930; vgl. Antje Vollmer, *Die Neuwerkbewegung 1919 – 1935. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung*, Berlin 1973. Durch Heinrich Pröschold erfahren wir Wichtiges zur Geschichte der Gießener Volkshochschule in seinen Erinnerungen „Aus den Anfängen der Volkshochschule Gießen“, in *Hessische Heimat. Aus Natur und Geschichte*, Nr. 21, 1972, S. 81 ff.

*Zeit unserem Volke bevorstehen, sie will die Gegensätze sozialer, politischer und religiöser Art mildern, Achtung vor der Arbeit und Meinung des Mitmenschen erwecken, sie will eine neue geistige Volksgemeinschaft schaffen. (...) Sie will mithelfen, die Freude an vertiefter geistiger Arbeit in allen Schichten des Volkes zu wecken und lebendig zu halten, um so das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Gegensätze gesellschaftlicher Kreise und Klassen zu mildern und unserem Volke zu innerer Ruhe, zu verständiger Freude am Leben, zu Erziehung kräftiger Persönlichkeiten zu verhelfen und ihm Wege zu einem neuen Aufschwung zu erleichtern. Damit hofft sie ganz besonders auch uns allen über die ungeheure Schwere der Zeit hinwegzuhelfen.*<sup>58</sup>

In diesem Auszug aus der Werbebroschüre für die neu zu gründende Volkshochschule, formuliert von dem späteren Geschäftsführer der Institution, Dr. Hans Werner, spiegelt sich die Aufbruchstimmung der Volkshochschulgründer. Die „*völlige Umänderung des Erziehungswesens*“ wurde ins Auge gefasst: Hier zeigt sich die Euphorie der frühen Jahre, die bald einer nüchterneren Betrachtungsweise Platz machen sollte. Deutlich wird aber die gesellschaftspolitische Zielrichtung:

Sozialer Frieden sei zu erreichen durch Bildung und Kulturarbeit, durch Überbrückung von Gegensätzen und nicht durch Klassenkampf. Damit positionierten sich die Gießener gegen sozialistische Richtungen wie etwa die der Erwachsenenbildner aus Leipzig, die denn auch kritisierten, hier solle nicht Bildung sozialisiert, sondern das Proletariat verbürgerlicht werden. Wilhelm Rein, Vertreter der „Neuen Richtung“, Pädagogikprofessor und Popularisierer der dänischen Volkshochschulbewegung, die auch in Gießen ihre Anhänger hatte, formulierte es ganz in diesem Geiste,

*„(...) daß die Popularisierung der Wissenschaft ein wirkliches Mittel ist, um zu einer Verständigung der verschiedenen Bevölkerungsklassen, zu einer Überbrückung der Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten beizutragen.“*<sup>59</sup>

## **Die „neue geistige Volksgemeinschaft“**

Erziehung und Bildung galten also als Garant für die Bewältigung von Konflikten und die Lösung von sozialen Spannungen. Das Ziel war die Schaffung einer „*neuen geistigen Volksgemeinschaft*“. Hier reihten sich die Gießener ein in die breite Phalanx derer, die sich in der Weimarer Zeit der Volks – Metaphorik bedienten, etwa mit Begriffen wie „*Volke*“, „*Volksgemeinschaft*“, „*Volkseinheit*“, „*Volksrennerung*“, „*völkisch*“, „*Volkstum*“, oder „*wirkliche Volksgemeinschaft*“, alle mit der Absicht, eine – wie auch immer geartete – neue Gemeinschaft zu beschwören.

Bei vielen frühen Weimarer Theoretikern der Erwachsenenbildung finden wir diese grundlegende Kritik am „Verfall“, an der „Zerrissenheit“ des „Volkes“, eine „Sehnsucht“ nach „Ganzheit“ und „Gemeinschaft“, nach der Wiederherstellung

---

58 StdtAG L 621 Nr. 32.

59 Zit. nach Reimers, a.a.O. S. 5. Mittermaier, Werner und Koch (Dr. Georg Koch, Pfarrer in Langd bei Hungen und Festredner bei der feierlichen Eröffnung der VHS am 5. Oktober 1919) beriefen sich auf das dänische Vorbild. StdtAG, Gießener Anzeiger vom 6. 10. 1919. Zur sozialistischen Kritik vgl. Olbrich, a.a.O., S. 149.

einer in der Vergangenheit, also „früher“, verorteten organisch gewachsenen Einheit des „Volkes“. Solche rückwärtsgewandten Utopien konnte man in der rechtskonservativen Kultur- und Zivilisationskritik von Kulturpessimisten wie Oswald Spengler und anderer Bestseller der Zeit finden.<sup>60</sup> Die „Neue Richtung“ der Erwachsenenbildung setzte diesen Pessimisten jedoch ein positives Zukunftsbild entgegen: Für sie hatte die rückwärtsgewandte Utopie zum Ziel, eine als gesichert angenommene empirische Basis in der Vergangenheit zur Plausibilisierung der aktuell verfolgten Zukunftsvorstellungen zu nutzen. Die Vergangenheit wurde so quasi zur Projektionsebene für die eigenen Ideen. Die Ganzheit „früherer“ Zeiten konnte belegen, dass eine „wirkliche Volksgemeinschaft“ auch in der Gegenwart zu erreichen sei. Der Weg dahin aber führe – wie könnte es anders sein – über die Bildung, insbesondere die Volksbildung. Sie könne den durch Ungerechtigkeit und Ungleichheit der Klassen entstandenen Verfall aufhalten und zu neuer Gemeinschaft verhelfen.

Auch in dem uns erhaltenen Redemanuskript Wolfgang Mittermaiers für die Gründungsversammlung am 24. Juli 1919 finden sich solche Gedanken:

*„Und wenn eine Ungleichheit besteht, so besteht wohl keine größere und keine, die leichter zu beseitigen wäre, als die Ungleichheit der Bildung. Sie empfinden wir stärker als jede andere, sie kluft unser Volk am meisten, sie muß zuerst beseitigt werden. Sie bringt die Unmöglichkeit mit sich, daß wir uns in Klassen verstehen. Und dagegen kämpfen schon lange eifrige Freunde des Volkes an. (...) Und nur bei einer Annäherung der Klassen in der Bildung ist auch eine tiefere einheitliche Volkskultur zu erreichen. Die hat bestanden, solange das Volk eine einheitliche Bildung hatte, aber sie ging unter, als sich die höhere Bildung der oberen Klassen entwickelte. Wir müssen, wir wollen sie wiedergewinnen. Das ist das stille, oft unverstandene Sehnen und Ringen des ganzen Volkes in seinem tiefsten Verstand.“<sup>61</sup>*

Die Gießener Volksbildner machten sich also die Ideen der Jenaer „Neuen Richtung“ der Volksbildung zu eigen, damit etwa ihrem eingangs erwähnten Mentor Heinrich Weinel folgend. Begriffe wie „einheitliche Volkskultur“ „Volkserneuerung“ oder „Volksgemeinschaft“ lassen sich allerdings, mit jeweils unterschiedlichen Beweggründen und mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen in Programmatiken des gesamten politisch – gesellschaftlichen Spektrums finden. In der Ausgestaltung konnten sie sowohl in reaktionär völkischen als auch in demokratisch – emanzipatorischen oder sozialistischen Konzepten Verwendung finden.<sup>62</sup> Hinter Mittermaiers Gedankengang stand letztlich trotz romantisierender Anklänge ein bürgerlich - liberales Entwurfsmodell für eine bessere Zukunft.

---

60 Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes, Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, Wien und München, 1918 – 1922; vgl. auch Autoren wie Arthur Möller van den Bruck, *Das dritte Reich*, Berlin 1923 oder Julius Langbehn, *Rembrandt als Erzieher*, Leipzig 1922. Mit den Gedanken solcher Autoren werden sich später Gießener Volkshochschulkurse kritisch auseinandersetzen (s.u.).

61 StdtAG, L621, Nr. 12 – 19, Redemanuskript, gegen Ende nur noch in Stichpunkten, hier Nr. 12.

62 Vgl. etwa Büchter, a.a.O., S. 58 ff.

## Demokratische Teilhabe als Lebensform

Dabei waren die Gießener beileibe keine „Traumtänzer.“<sup>63</sup>Es ging ihnen nicht darum, lediglich das „Volkstum“ zu revitalisieren, wie es ein Ziel des bürgerlichen Kulturideals im 19. Jahrhundert war. „*Schönrednerische Faselien*“ wollte man ebenso wenig haben wie „*parteiliche Propaganda*“.<sup>64</sup> Es war den Gründern und speziell Mittermaier aber sehr wohl wichtig, die neue Staatsform der Demokratie durch die Volkshochschulbildung im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Volksbildungsbestrebungen habe es schon früher gegeben, aber erst jetzt sei der Gedanke

*„... mit elementarer Kraft hervorgekommen, jetzt fühlen wir alle aufs Stärkste seine Bedeutung. Denn jetzt ist das ganze Volk lebendig geworden und will mehr als bisher in fester Gemeinschaft aller Anteil am Staatsleben. Da gilt es natürlich besonders, daß alle sich höher bilden, daß alle ihre Stellung im Staat und in der Natur, in der Gesellschaft, ihre Bedeutung nach der Geschichte, ihre Möglichkeiten erkennen. Jetzt müssen mehr als bisher die Klassen sich verstehen, um zusammenzuarbeiten.“*<sup>65</sup>

Die von ihm selbst angebotenen Kurse zum Staatsrecht sprechen hier für sich, ebenso wie eine Veranstaltung, in der sich die politischen Parteien angesichts der Reichstagswahlen vorstellen konnten. Andererseits sah man sich aber der strikten politischen Neutralität verpflichtet und betonte dies auch in allen Äußerungen zu den Zielen der Volkshochschule. Man sei

*„... keine politische Einrichtung und keine konfessionelle. Über aller Politik und Religionsanschauung, nur (zur) Wissenschaft (müsse man stehen). Es wäre ein Giftkeim, wollte man Parteipolitik hineinragen. Welcher Partei jemand auch angehört, er kann ein ehrlicher, tiefstrebender Mensch sein.“*<sup>66</sup>

Mit dieser Giftkeim – Metapher wies Mittermaier mit besonderem Nachdruck auf den strikt überparteilichen Charakter der neu zu gründenden Volkshochschule hin. Die Härte der dafür verwendeten Formulierung mag der allgemeinen Lage in Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkrieges geschuldet sein. Mittermaier wie auch ein größerer Teil der Gründungsmitglieder war selbst reformpolitisch engagiert. Möglicherweise wollte man auch einer parteipolitischen Einmischung auf kommunaler Ebene vorbeugen. Wichtiger aber erscheint doch, dass ein existenzielles Prinzip der „Neuen Richtung“ die „relative Neutralität“ war, also ein plurales Konzept, das alle Standpunkte zuließ und es dem Hörer überlassen wollte, durch „Selbstdenken“ zu einer eigenen Entscheidung zu kommen. Dass sich dieses Konzept in der pädagogischen Praxis erst noch sehr bewähren musste, sei nur am Rande erwähnt. Die allgemeine Didaktik der Zeit war von dem später in langen Diskussionen erreichten Prinzip des „Überwältigungsverbots“ noch weit entfernt. Allerdings finden wir in Gießen bereits frühzeitig erste Anklänge an dieses Para-

---

63 Vorwurf von Tietgens, a.a.O., S. 12 an die Adresse der Neuen Richtung.

64 Rede Mittermaiers zur Eröffnungsfeier am 6. Oktober 1919, zit. im Gießener Anzeiger vom 7.10.1919, StdtAG.

65 StdtAG L621 Nr. 13.

66 Ebd. S. 16.

digma der Erziehung in der und für die Demokratie: 1924, wenige Jahre nach der Gründung der Volkshochschule, sah man sich angesichts „*mancher Gegnerschaft*“ genötigt zu präzisieren, was unter „Neutralität“ verstanden werden sollte:

*„Der Neubau unseres geistigen Lebens (...)kann aber nicht dadurch geschehen, daß sich die Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule in schwächlicher ‘Neutralität’ an den gegenwärtig brennenden Fragen auf den verschiedenen Lebensgebieten vorbeischieben und sich auf trockene Übermittlung von Wissensstoff ängstlich beschränken. Vielmehr greifen Hörer und Lehrer gemeinsam brennende Fragen auf. Dafür die Möglichkeit und die Grundlage zu bieten, ist eine wichtige Angelegenheit der Volkshochschule. Voraussetzung aller ihrer Arbeit war und ist die, daß Gegensätze nicht totgeschwiegen, sondern aufgegriffen und in ihren Ursachen erforscht werden.“<sup>67</sup>*

## **Das Was und das Wie - Inhalte und Methoden**

### **Eine neue Pädagogik**

Welches waren die „brennenden Fragen“, also die Inhalte, die Lehrer in Gießen aufgreifen wollten? Auf die reine, als trocken empfundene Übermittlung des Wissensstoffes wollte man sich nicht beschränken, aber wie sollte Wissen erworben werden, also mit welchen Methoden? Und standen die Gießener damit in der didaktischen Diskussion, die in den gesellschaftlichen Umbrüchen nach dem Ersten Weltkrieg mit dem übergreifenden Begriff Reformpädagogik gekennzeichnet war? Namen wie Ellen Key, Georg Kerschensteiner, Maria Montessori und Peter Petersen, Schulen wie die Waldorfschule oder die Jenaplan-Schule, Begriffe wie Arbeitsschule, Anschauungs- und Erlebnispädagogik verbinden wir ja mit Vorstellungen eines eher kommunikativ orientierten Lernens für eine demokratische Gesellschaft. Es sollte ein Lernen vom Individuum aus sein, eine Didaktik mit besonderen Zielen wie Förderung der Selbsttätigkeit sowie der Gemeinschaft und mit bis heute diskutierten Methoden, Arbeits- und Sozialformen wie Gruppenarbeit, Projektarbeit, praktischer Arbeit, Arbeitsgemeinschaften sowie gemeinsames Feiern.

Galt dieses vom Individuum aus und auf Gemeinschaft hin organisierte schulische Lernen auch für die Erwachsenenbildung, und auch für die Volkshochschule in Gießen? Schaffte man es hier, mit „*Volksbildung*“ *zur Volksbildung*“ beizutragen? Zwischen Lehrenden und Lernenden sollte eine „*Fühlungsaufnahme*“ stattfinden, jeder sollte Lehrender und Lernender zugleich sein. Die individuellen Bedürfnisse der erwachsenen Lernenden sollten Berücksichtigung finden. Methodisch war besonders an Arbeitsgemeinschaften und das Lernen in Volksbibliotheken gedacht. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit sollte aufgehoben werden. Hier orientierten sich die Gießener eindeutig an der Neuen Richtung. Die Ziel-, Methoden- und Inhaltsvorgaben der Volkshochschulen in Thüringen waren geprägt von demokratisch denkenden Menschen wie u.a. Adolf Reichwein, bis 1929 Leiter der Volkshochschule und des Arbeiterbildungsheims in Jena. Er lehnte passive Belehrungen ab. Sein Credo, dass jegliche Kulturarbeit zugleich politisches

---

67 Gießener Anzeiger vom 20.10.1924.

Handeln sei, prägte die Arbeit der damaligen Volkshochschulen in Thüringen und entsprechend auch in Gießen. Es war das Ziel der Thüringer Volkshochschulen, Volks- und Kulturgemeinschaften zu schaffen. Kulturarbeit, gesellige Treffen, gemeinsame Feste sollten die Grundlage dafür bilden. Wie unterschiedlich das zu erreichen sein könnte, wurde in Berlin und Thüringen in zwei Richtungen diskutiert. Eine Richtung mit Laienbildung, Kulturerneuerung, Förderung des Gemeinschaftslebens mit Wandern oder gemeinsamen Theaterbesuchen wurde in Thüringen propagiert. Daneben stand die zweite Richtung aus Berlin, die sachbezogenes wissenschaftliches Arbeiten in kleinen Gruppen vorsah, um gerade bildungsbenachteiligte Schichten geistig zu fördern.<sup>68</sup> Gießen ordnete sich eindeutig der Thüringer Richtung zu.

Wolfgang Mittermaier grenzte in seiner Vereinsgründungsrede entsprechend die Inhalte der Volkshochschulen in diesem Sinne von denen der allgemeinen Schulen, beruflichen Fachschulen und Hochschulen ab:

*„Dies selbständige Nachdenken kann nur der Erwachsene, für den die Volks- und Mittelschule nicht mehr da ist. Drum muss neben die bisherige Hochschule die Volkshochschule treten. Gerade jetzt! Wir können nicht mehr so viel studierte akademische gebildete Leute beschäftigen. Die einfache Handarbeit wird wieder mehr zu Ehren kommen. Aber gerade die Handarbeiter verlangen mit Recht für sich auch eine höhere geistige Bildung. Eine allgemeine Bildung wollen wir erzielen, nicht Fachausbildung. Aber diese daneben. Nur geistig gebildete Menschen können uns jetzt dabei helfen.“<sup>69</sup>*

## Die Arbeitspläne der Gießener Volkshochschule

Mittermaiers Forderungen machen gespannt auf die Umsetzung. Mit welchen Inhalten und Organisationsformen sollte die gewünschte allgemeine Bildung vermittelt und erworben werden, so dass alle am Staatsleben teilhaben konnten? Die Volkshochschule Gießen hatte ihre Programme, ab dem 10. Semester dann „Arbeitsplan“ genannt, in Arbeitsgemeinschaften, Vortragsreihen und Elementarkurse gegliedert. Kurse und Arbeitsgemeinschaften waren auf selbständige Mitarbeit konzipiert. Aber auch die Vorlesungen sollten Anschauung vermitteln und in der Nacharbeit eigenes Erkennen und Denken herausfordern. Jeder Hörer und jede Hörerin hatte die Möglichkeit einer Probeweche, erst danach musste die Kursgebühr gezahlt werden. Es bestand ebenso die Möglichkeit, Wünsche zu den Themen zu stellen. In den ersten Vorlesungsverzeichnissen stellten die Lehrenden jeweils direkt vor dem Semesterplan ihre genauen Ziele, aber auch Erwartungen vor und grenzten diese, bezogen auf Inhalte und Methoden, gegen die Fachhochschulen und die möglichen Gefahren einer „verwässerten Universität“ ab. Man hatte sich in vielen Diskussionen auf die folgende Beschreibung geeinigt:

*„Die Volkshochschule will jedem Höherstrebenden ermöglichen, daß er in freier Arbeit und Kritik zu den Grundlagen aller Gebiete menschlicher Erkenntnis sich durchbringe und durch Selbstdenken die Zusammenhänge in Natur und Kultur erfasse. (...) Die*

---

68 Vgl. Reimers, a.a.O., S. 30 ff.

69 StdtAG, L.621, Nr.16.

*Volkshochschule kann keine Fachschule sein. Sie dient der Vertiefung der Allgemeinbildung. Sie bekämpft die Halbbildung, (...) Die Volkshochschule bietet Vortragsreihen und besonders Arbeitsgemeinschaften, d.h. Vereinigung kleinerer Kreise, die sich durch gemeinsame Selbstarbeit unter der Leitung eines sachverständigen Lehrers gegenseitig fördern. Zur Ergänzung wird sie auch Unterricht in grundlegenden Fächern erteilen lassen.*“<sup>70</sup>

In den ersten Semestern lagen die Vortragsreihen von 19 bis 20 Uhr, danach schlossen sich die Arbeitsgemeinschaften an. Das zweite Semester, das waren zehn Wochen vom 12.1. bis 19.3.1920, soll hier exemplarisch für die Inhalte und Methoden vorgestellt werden. Vortragsreihen gab es nur zwei, die bereits im ersten „Semester“ 1919 begonnen hatten und nun fortgesetzt wurden. Beide Veranstaltungen kamen aus berufenem Munde: Über „*Die Farben der Bankunst*“ sprach der Bauinspektor Dipl. Ing. Friedrich Kuhlmann, und das „*Zeitungswesen*“ wurde vorgestellt von dem Buchdruckereibesitzer und Verleger des Gießener Anzeigers Richard Lange, der auch mit einer Betriebsbesichtigung aufwarten konnte. Eine dritte Vortragsreihe wurde nicht fortgesetzt: Prof. Dr. Emil Gotschlich referierte über „*Gesundheitspflege*“ und sparte unter Punkt 12 auch das Thema „*Volks- und Rassenhygiene – Vererbung und Entartung*“ nicht aus. Alle sollten zu Wort kommen, Selbstenachdenken war gefordert. Und auch die Rassenhygiene war schließlich ein Thema der Zeit.

An Arbeitsgemeinschaften wurden im Bereich „Religion und Philosophie“ von Lic. theol. August Dell das Thema „*Jesus und die Gegenwart*“, von Prof. Dr. August Messer „*Weltanschauungsfragen*“ und von Dr. Karl Roller, dem Direktor der Mädchenschule, „*Häusliche Erziehungsfragen*“ angeboten; zu letzterem Thema gehörten die unterschiedlichen Inhalte „*Hygiene*“ ebenso wie „*Strafe*“. Im Bereich „Staats- und Rechtswissenschaft sowie Volkswissenschaften“ bot Prof. Dr. Carl August Emge das Thema „*Das Recht des bürgerlichen Gesetzbuches*“ an, Rechtsanwalt Ludwig Leun „*Die ordentlichen Gerichte des deutschen Reichs*“ und der Bankbeamte Wilhelm Dönne die „*Grundlagen des Geld-, Bank- und Börsenwesens*“. Für den Bereich „Geschichte“ wurde im ersten Semester ein dringliches Thema angeboten, und zwar von Oberlehrer Prof. Ludwig Hüter „*Revolution. Erläutert hauptsächlich an der römischen Geschichte*“. Hier berücksichtigte Hüter Wesen und Arten der Revolution, wirtschaftliche und politische Zustände sowie u.a. Ursachen und Folgen, Verläufe, Parteien u.v.m. Hüter suchte also die exemplarische Auseinandersetzung mit dem Thema Revolution in einer Phase, als der Alltag der Menschen ebenfalls von Revolutionen betroffen war und diese Grundlagenwissen für die Teilnahme am Staatsleben brauchten. Dr. Georg Faber, Studienrat an der Oberrealschule, wählte für den Bereich „*Literatur und Kunst*“ einen Schwerpunkt aus, der zum klassischen Bildungskanon gehörte, nämlich Goethe, ein Thema, das auch immer wieder in den folgenden Semestern auftauchte. Dr. Hans Werners Thema „*Deutsche Malerei im 19. Jahrhundert*“ sollte ebenso in kleinen Varianten wiederholend auftauchen. In den Naturwissenschaften war besonders das Fach Erdkunde vertreten, auch wiederholend in den weiteren Semestern. Oberlehrer Prof. F. Wenzel hatte in

---

70 StdtAG, L621, Sammlung Flörke, Teil 1, 2. Semester: Januar – März 1920, S. 3.

diesem Bereich das moderne Thema „*Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Europas*“ gewählt. Oberlehrer Dr. Georg Heußel gab eine „*Einführung in die Lehre von Magnetismus sowie Elektrizität*“ und Lehramtsassessor Dr. Wilhelm Flörke Übungen in Chemie. Hier sollten die Versuche, soweit möglich, von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst ausgeführt werden. Flörke bot auch Exkursionen zur Gesteinskunde an.<sup>71</sup>

Über alle Semester wurden auch Elementarkurse regelmäßig angeboten, und zwar für die Fächer Deutsch, Rechnen, Französisch und Englisch. Die Inhalte dieser Fächer entsprachen in etwa denen der Studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Unterbeamte aus der Vorkriegszeit, die praktisches Wissen vermittelten. Die Rechenkurse der Volkshochschule Gießen enthielten seit 1919 Elementares Rechnen, Raumlehre und Algebraisches Rechnen. Manche Englisch- und Französischgruppen haben sich über viele Jahre getroffen, so wie es ja auch heute noch in den Sprachkursen der Volkshochschulen der Fall ist. Aber auch manche Arbeitsgemeinschaften wurden oft über mehrere Semester geführt, zum Beispiel hatte Wilhelm Flörke seine Chemie- und Geologiekurse zu einem Lehrgang über sechs bis sieben Semester ausgebaut, in welchem die Hörschaft sich zu einer Gemeinschaft formte, wozu, laut Flörke, auch das bessere Kennenlernen in den Lehrausflügen beitrug.<sup>72</sup> Zu Anfang der Volkshochschularbeit schrieben sich kaum Frauen ein, einer Hörerstatistik allerdings entnehmen wir, dass die Frauen aufgeholt haben. Es gab 1928 ungefähr genau so viel Hörerinnen wie Hörer.<sup>73</sup>

Arbeitsgemeinschaften, Exkursionen, eigene Versuchsaufbauten, Laienspiel, gemeinsames Singen und auch Feiern und Feste, diese Methoden ähneln sehr denen der so genannten Reformpädagogik. In den klassischen Hochschulen und Fachschulen bestand die Weitergabe von Wissen zumeist aus Vorlesungen und Einzelvorträgen. Diese, so die Einstellung der ersten Förderer und Gestalter der Gießener Volkshochschule, erzeugten aber Halbbildung und förderten nicht die Gemeinschaft oder das selbständige Nachdenken.

Im scharfen Kontrast dazu stand ein Veranstaltungsangebot der Volkshochschule bereits in ihrem Gründungsjahr. Hier brachte Wolfgang Mittermaier zum Beispiel seine an der Mitbestimmung aller Klassen orientierten demokratischen Ziele der politischen Teilhabe Aller am Staatsleben sofort 1919 in eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft mit Prof. Dr. Hans Gmelin zur neuen Verfassung ein. Inhalt, also das Thema „*Anteil am Staatsleben/Verfassung*“, und Methode, die Arbeitsgemeinschaft, fanden hier zusammen. Diese Veranstaltung entsprach der reformorientierten Forderung des Zusammenwachsens des teilnehmenden Volkes in einer Volksbildungsbewegung durch gemeinsame Ziele, Inhalte und deren Aneignung. Zusammenwachsen konnte, wer gemeinsam las, dachte, erkannte, diskutierte, plante und sich respektierte, und dies mit Themen, die allgemeine Bildung

---

71 Ebd. S. 6 ff.

72 StdtAG, L621, Sammlung Flörke, Teil 2, 19. Halbjahr: Chemie und Geologie in der Volkshochschule, S. 8.

73 Walter Hegar, Bericht über das 18. Semester, in: StadtAG, L621, Sammlung Flörke, Teil 2, 19. Halbjahr: Arbeits-Berichte, Arbeits-Ziele, Arbeits-Plan, S. 5.

in Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften versprochen. Das vermittelte Wissen durfte aber keinesfalls Selbstzweck sein, sondern sollte immer nur die Grundlage bilden für „sachliche Auseinandersetzung“.<sup>74</sup>

Auch andere Lehrende boten Themen an, die dem mündigen Bürger helfen sollten, die Gesellschaft zu verstehen, zum Beispiel die Sozialgesetzgebung, die deutsche Geschichte seit der Reichsgründung mitsamt der gegenwärtigen außenpolitischen Lage, religiöse Fragen der Gegenwart und Fragen der Moral. Im Gegensatz zu den Inhalten in Thüringen hatten hier in Gießen auch historische Themen ihren festen Platz in der Semestergestaltung. Während in Thüringen das Fach Geschichte abgelehnt wurde, weil es nicht „objektiv“ sei,<sup>75</sup> sah man in Gießen den Nutzen der reflektierten Beschäftigung mit der Geschichte für Einsichten in Gegenwart und Zukunft sehr wohl als wertvoll auch für Nichtfachleute an.

Im Gegensatz zu den Inhalten in Thüringen finden wir in Gießen aber keine Themen, wie sie in Fachschulen auftauchten. In Thüringen gab es spezielle Kurse für die Berufs- und Arbeitswelt, zum Beispiel in der Produktgestaltung oder im graphischen Gewerbe.<sup>76</sup> In Gießen zielten die Inhalte tatsächlich auf die Förderung der Allgemeinbildung ab und immer wieder auf die Ermutigung zur Teilnahme an den demokratischen Prozessen. In Thüringen wurde auch versucht, besonders Frauen, Erwerbslose und Jugendliche für die Volkshochschule zu gewinnen. Manche Lehrende besuchten Strafgefangene oder reisten, wie u.a. die Wanderlehrerinnen, auf die Dörfer, um die Menschen bei ihrer Heimarbeit zu erreichen. In Gießen scheint das Semesterprogramm eher auf interessierte Arbeiter, Unterbeamte und Angestellte ausgerichtet zu sein, vielleicht sogar mittelschichtorientiert wie in Bayern.

Die Gießener Auswahl der Themen und die mit ihrer Aneignung verbundenen Methoden stellten einen hohen Anspruch an die Hörerschaft der Volkshochschule. Die Inhalte scheinen in der Bewertung, verglichen mit denen heutiger Schulen, eher dem gymnasialen Bildungsgang als den Bildungsgängen für Haupt- und Realschulen zu entsprechen. Es bildet sich ab, dass in jener Zeit viele Schülerinnen und Schüler in den alten Vorkriegsschulen und der neuen Einheitsschule eher unterfordert gewesen waren, weil sie dort keine Chancen bekamen, ihren intellektuellen Fähigkeiten gemäß ausgebildet zu werden. Die Arbeitnehmer erhielten beim eventuellen Besuch von Fachschulen solche Themenangebote, die ihre fachlichen Kompetenzen erhöhen sollten, nicht die kulturellen oder politischen. Keinesfalls waren die Inhalte und Methoden in Fachschulen auf Mitarbeit an gesellschaftlicher Teilhabe oder Lebenshilfe ausgerichtet.

---

74 Dr. Hans Werner: Die Volkshochschule Gießen, ihre Entwicklung und ihre Ziele, in: Gießener Anzeiger, Jubiläumsausgabe 1925, Achstes Blatt, StdtAG.

75 Reimers, a.a.O., S. 58.

76 Ebd., S. 53

Stundenübersicht.					
Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7 – 8	—	Die Farben in der Baukunst	—	Zeitungswesen	—
8 – 10	Chemie	Deutsche Malereien im 19. Jahrhundert	Jesus und die Gegenwart	Das Recht des bürgerlichen Gesetzbuches	Goethe
	Weltanschauungsfragen	Geld-, Bank- und Börsenwesen	Magnetismus und Elektrizität	Gesteinskunde	Die ordentlichen Gerichte des deutschen Reiches
	—	—	Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Europas	Häusliche Erziehungsfragen	Revolution

Das Bild: Biber.

*Abb. 6: Stundenübersicht des 2. Semesters, Januar bis März 1920 der Volkshochschule Gießen; Quelle: Verzeichnis der Vorträge und Arbeitsgemeinschaften, Sammlung Flörke Teil 1 o.S., / Stadtarchiv Gießen*

Darum finden wir in der Gießener Volkshochschule neben den politischen Themen ebenso kulturelle, die darauf ausgerichtet waren, neben der Allgemeinbildung auch künstlerische Bildung zu erwerben. So gab es musikalische Abende und gemeinsame Besuche von Konzerten, Museen, Ausstellungen und Theateraufführungen. Im Kurs „Literatur und Kunst“ wurde zum Beispiel Schillers Wilhelm Tell besprochen. In letzterer Auswahl kann man wieder einen Hinweis auf die demokratische und aufklärerische Ausrichtung der Gießener Volkshochschule sehen.

Es gab außerdem Angebote in Sternkunde und Zeitungswesen oder Einführung in bildende Kunst und Medizin. In den ersten Semestern der Gießener Volkshochschule wurden mehrere Einführungsveranstaltungen angeboten, u.a. in Musik, Chemie, Botanik, Geologie, Zoologie und Recht. Auch die Einführungskurse waren, wenn möglich, mit gemeinsamen Ausflügen verbunden, zum Beispiel gab es pflanzenkundliche Streifzüge sowie Ausflüge zur Gesteinskunde. Über die Lebendigkeit und Anschaulichkeit in den Angeboten berichtete der ehemalige Mitarbeiter Heinrich Pröschold 1972:

*„Dr. Hans Werner, der erste Geschäftsführer, unterrichtete in unkonventioneller Weise von den Voraussetzungen und Bedürfnissen seiner Hörer ausgehend. (...) Seine Kurse fanden enormen Zuspruch und waren immer überfüllt. (...) Der Gießener Maler Hein Heckroth, damals noch jung und unbekannt, hatte Werners Kurse besucht und später einmal geäußert, dass Werner ihm erst so recht die Augen für das Wesen der Ausdrucks-kunst geöffnet habe. (...) Auch der Chemiker und Geologe Dr. Wilhelm Flörke vermochte einen größeren Hörerkreis um sich zu versammeln. (...) Ein gut besuchter Kurs war auch der des Botanikers Garteninspektor Rehnelt vom Botanischen Garten. (...) Wie der*

*Expressionismus eine Neuerscheinung jener Zeit war, als das Jahrhundert noch jung war, so auch der Rundfunk. In seinem Physikerkurs hat Dr. Heussel dieses Wunder der Technik behandelt.*<sup>77</sup>

Dr. Hans Werner, der die Kunstführungen anbot, war zudem gern gehörter Führer durch Städte, auch daran erinnert sich Pröschold:

*„Dr. Werner hatte seinen Kreis durch die winkligen Gassen der Stadt hinunter auf die Labnbrücken geführt. (...) Da standen wir und sahen den Limburger Dom gleichsam zum ersten Male in seiner großartigen Gestaltung. (...) Werner erzählte aus der Geschichte der Stadt, und das Mittelalter entstand vor den Augen der Zuhörer. Und als dann Werner in der altertümlichen Sprache des Chronisten den Gesang der Geißler auf sagte, blieben die Worte in der Luft wie ein Bann stehen.“*<sup>78</sup>

Man kann sich gut vorstellen, dass sich die von Pröschold so begeistert beschriebenen Kurse großer Beliebtheit erfreuten und dass während des gemeinsamen Arbeitens, Wanderns und Feiern Freundschaften entstanden, also Gruppen zusammenwuchsen, vielleicht sogar in ersten Ansätzen die „*tiefer innere Volkskultur*“<sup>79</sup> erreicht wurde, wie von Mittermaier gewünscht. Dazu trugen eventuell auch die Jahreshauptversammlungen, die Sonntagstreffen und die „Besonderen Veranstaltungen“ bei, etwa zu Jahrestagen. Zum ihrem 60. Geburtstag wurde z.B. der Schriftstellerin Ricarda Huch ein Abend gewidmet und zum 600. Todestag von Dante gab im festlichen Rahmen in der Aula der Universität eine „*Dantefeier*“. Ausgewählte Passagen aus der „*Göttlichen Komödie*“ wurden vorgetragen und Prof. Franz hielt eine Rede zu „*Dantes Bedeutung für die Gegenwart*“.<sup>80</sup>

Gemeinschaft, aber auch Entspannung stifteten sicherlich auch die Angebote zum Chorsingen und zur Gymnastik sowie die Lesecke. Bücher sollten für alle zu einer Grundlage des Lernens werden, Bücher sollten aber auch die Lernenden zusammenführen. Dazu ermöglichte Käthe Keisner, die zusammen mit ihrem Mann Heinrich die Goethebuchhandlung leitete, Lesungen und Treffen in der „Lesecke“.

Dem Buch wurde eine hohe Bedeutung zugemessen, nicht nur um Bildung zu vermitteln, sondern auch um zur Ruhe zu kommen. „*Wir alle sehnen uns nach der Stille innerer Arbeit, nach dem Frieden des Buches (...)*“, so sagte dazu Wolfgang Mittermaier.<sup>81</sup> Die Lesecke der Goethebuchhandlung wurde bald ein Treffpunkt vieler Hörerinnen und Hörer, auch fanden dort Ausstellungen statt, wie im Jahr 1926 eine Ausstellung mit grafischen Werken von Hein Heckroth.

Der Maler, Bühnenbildner und spätere Oscar-Preisträger Heckroth war ein früherer Schüler von Werner, der besonders den Expressionismus in Literatur und Malerei behandelt hatte, was das hier abgebildete Werk Heckroths wiedergibt.

---

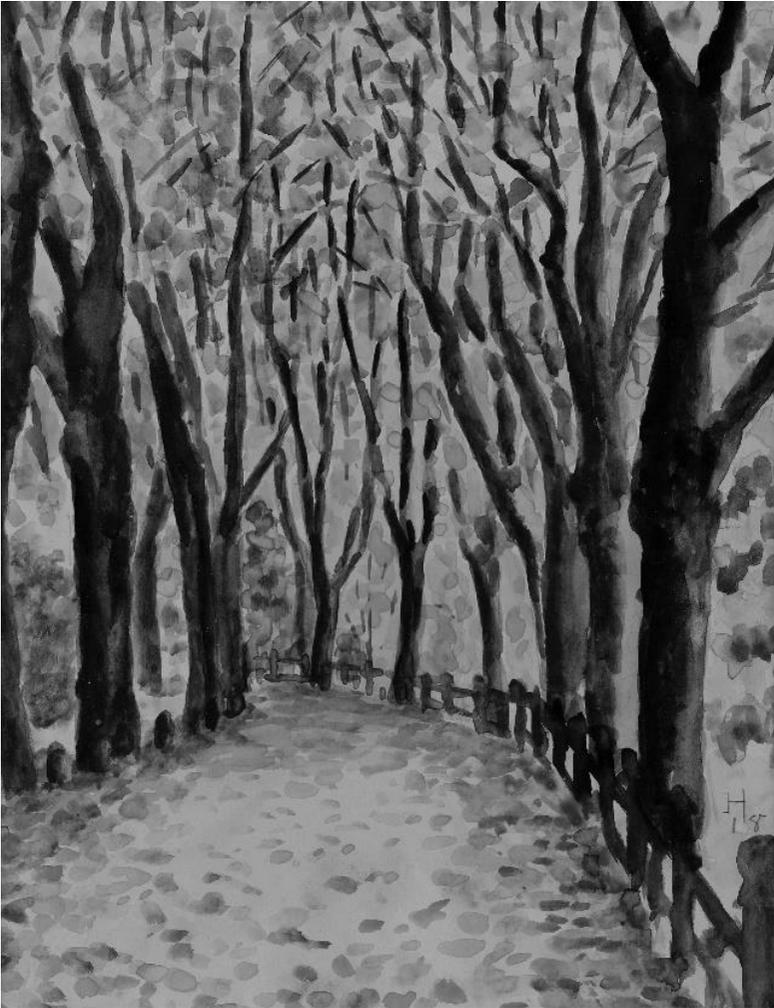
77 Pröschold, a.a.O. S. 83.

78 Ebd.

79 StdtAG, L621, S. 13.

80 Ebd., S. 14.

81 StdtAG, L621, Nr. 14



*Abb. 7: Hein Heckroth: Südanlage in Gießen.  
Quelle: Oberhessisches Museum Gießen, Bildersammlung*

Kritisch stand man im Vorstand allerdings dem Kino gegenüber. Man versuchte, sich in die Kulturplanungen der Stadt einzumischen und lehnte ein zweites Kino ab. Dafür wurde vor allem das Argument angeführt, dass das Gießener Kino eher der „*Sinnlichkeit*“ und „*niederer Vergnügungssucht*“ diene und nicht „*edler und würdiger Unterhaltung oder wissenschaftlicher oder technischer Belehrung*“.<sup>82</sup>

---

82 StdtAG, L.621, Nr. 92: Brief des Vereinsvorstandes an die Stadt.

## Teilhabe in der Praxis: Programmatik und Hörerwünsche

Waren mit all diesen Angeboten sowohl die Hörerwünsche als auch die Ziele des Gießener Volkshochschulprogramms erfüllt? Ausgangs- und Anknüpfungspunkte der Bildungsarbeit sollten ja die Hörerbedürfnisse und die gesellschaftlichen Aufgaben sein. Letztere waren frühzeitig durch den demokratischen Anspruch des Vorstands gesetzt. Die Hörerwünsche wurden bereits vor Beginn des ersten Semesters erfragt, indem in einem Fragebogen vom Mai 1919 Beispielthemen genannt wurden, aber auch die Möglichkeit eröffnet wurde, für einen „Stoff“ von Vereinen und Gruppen offen zu sein, wenn mehr als 10 Personen diesen wünschen sollten. Die Ergebnisse liegen uns nicht vor, aber wir haben Ergebnisse einer Umfrage von 1927. Walter Hegar, Nachfolger von Hans Werner als Geschäftsführer der Volkshochschule, sammelte Hörerfragen und stellte einen Fragekasten in der Oberrealschule auf. Mit den Ergebnissen bat er die Lehrenden, auch die „Lebensfragen des einzelnen Hörers“<sup>83</sup> aufzunehmen. Diese waren zum Beispiel:

- „- *Ist der Katholizismus oder der Protestantismus der Wirklichkeit des sozialen und individuellen Lebens angemessener? (...)*
- *Liegen in der Bejahung des natürlichen, ungebrochenen Lebens religiöse Werte?*
- *Sind Geister für uns Menschen unsichtbar? (...)*
- *Kann ein geistig normaler Mensch jemals einen Mord begehen?*
- *Ist die Erwerbstätigkeit der Frau vom volkswirtschaftlichen und ethisch sozialen Standpunkt aus zu rechtfertigen?*
- *Wie ist die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau in Bezug auf Beruf, Politik und Liebesleben zu beurteilen?*
- *Ist das Zweikindersystem bedenklich?*
- *Wieweit treffen die Malthusschen Gesetze zu?*
- *Ist die Auswanderung notwendig?*
- *Braucht Deutschland Kolonien?*
- *Mit welchem Recht verausgabt man in Zeiten sozialer Not Millionen für Ausgrabungen?*
  - *Warum macht man Polarexpeditionen?*
- *Sind die Luftschiffe den Flugzeugen an Verkehrssicherheit überlegen?*
- *Welche Stellung kann man vom volkswirtschaftlichen und ethischen Standpunkt zur Mode einnehmen?*
- *Welche wirksamen Mittel gibt es gegen das Bestechungsunwesen?*
- *Inwieweit kann man gegen das Schund- und Schmutzgesetz Bedenken haben?*
- *Wieweit wirkt die öffentliche Darstellung von Verbrechen schädigend auf die Jugend?*
- *Wie schützt man Jugendliche vor Vergnügungssucht?*
- *Wie erzieht man lügenhafte Kinder?*
- *Sollen Schulkinder ihre Hausarbeit selbständig machen?*<sup>84</sup>

Die Hörerwünsche deckten ein breites Spektrum von Themen ab und waren sowohl von persönlichen als auch von sozialen und politischen Problemen der damaligen Gesellschaft geprägt. Die Auswertungen zeigen, dass die bisherige

---

83 StdtAG, L621, Nr. 86: „Volkshochschule Gießen, Fragebogen unserer Hörschaft, März 1927“.

84 Ebd.

Kursplanung, von einigen exotischen Fragen abgesehen, doch nah an den Interessen und gesellschaftlichen Problemen der Hörschaft orientiert war, besonders in Fragen der Religion und der Erziehung. Zum Beispiel gab es die Themenangebote „Die Psychologie des Jugendalters und die Aufgaben der Erziehung“ oder „Die sexuelle Frage und die Erziehung“, ähnlich formuliert bereits in den ersten Semestern.<sup>85</sup> Über einige Semester wurde eine Erziehungsberatungsstelle eingerichtet.

Wurden die neuen Wünsche, wie von Hegar gefordert, nun von den Lehrenden aufgegriffen? Die Frage eines Hörers war ja, ob Geister unsichtbar seien. Tatsächlich finden wir im Semesterplan von 1927 das Angebot „Okkultismus und Wissenschaft“. Dies Beispiel zeigt uns, dass man an der Volkshochschule Gießen Hörerfragen ernst nahm und, wie bei der Gründung intendiert, sich weiterhin auch am Individuum orientierte. Hängt Hegars Arbeitsgemeinschaft „Kulturfragen der Gegenwart im Anschluss an Oswald Spengler“ eventuell mit den Hörerfragen zu Religion und individuellem Leben bzw. der Bejahung des natürlichen Lebens zusammen oder zu der Frage zum Zweikindersystem? Die Teilnehmenden sollten jedenfalls in Hegars Veranstaltung einzelne Passagen aus Spenglers damals kontrovers diskutiertem Werk lesen und überprüfen, ob sich in Erneuerungsbewegungen „Anzeichen finden, die gegen Spenglers Auffassung sprechen. Daraus ergeben sich unter Umständen Hinweise auf Möglichkeiten eigener Kulturarbeit“<sup>86</sup> Welche Herausforderung, welcher Anspruch an die Hörer. Sie mussten den geschichtsphilosophischen Text lesen und verstehen. Sie mussten die gegenwärtige politische und soziale Situation in Deutschland reflektieren können und dazu eigene Ideen für die Zukunft der Gesellschaft entwickeln!

### Standortbestimmung 1927

Hegar war, wie manch andere Lehrende der Volkshochschule auch, das erfahren wir aus seinem Rückblick von 1927, zutiefst besorgt um die gesellschaftliche Situation dieser Jahre und somit auch um seine Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er forderte in seinem Rückblick „Alltag und Volkshochschule“ jeden Einzelnen auf, sich nicht entmutigen zu lassen und Innerlichkeit weiterhin zu bewahren:

*„Die Volkshochschule ist Anwalt bedrohten und erniedrigten Menschentums. Sie ruft, die dem Alltag zu erliegen drohen, auf zum Kampf um Innerlichkeit und sie mahnt die Machthaber über Menschentum, die Würde des Menschen zu achten. (...) Da sehen wir Volk – es kommt in die Volkshochschule – in dem Bereitschaft, Wunsch, Sehnsucht, Hoffnung erloschen, längst an Entmutigung gestorben ist. (...) wir haben eine Armee erzwungener Arbeitsloser und sind gewärtig einer noch größeren Armee von zehn und mehr Stunden mechanisch Arbeitender. Wie kann da Volk gebildet werden?“<sup>87</sup>*

Und im Rückblick von Hans Werner „Von unserem Ziel und Weg“ heißt es:

*„Die Volkshochschule weiß, daß in allen Kreisen dieselben Anlagen zur Bildung sich finden. Sie weiß aber auch, wie schwer es für Jeden ohne Ausnahme wird, zu dieser Bildung*

---

85 StadtAG, L621, Sammlung Flörke, Teil 2, 8. Semester, o.S.

86 Ebd., S. 18.

87 Walter Hegar, Alltag und Volkshochschule, Ebd., S. 13 f.

*durchzustoßen. Sie weiß um die Gewohnheit, das Gemeine, den Spott, den Fatalismus, die Mutlosigkeit, den Gewaltglauben, die listige Verführung. Aber sie sucht die, die trotz alledem bereit sind.*<sup>88</sup>

Werner und Hegar malten ein düsteres Bild der Gesellschaft, wenn sie von „*Kampf um Innerlichkeit*“ und „*listiger Verführung*“ sprachen, obgleich wir heute im Rückblick für die Zeit um 1927 eine konjunkturelle Verbesserung sehen, denn u.a. wurden die staatliche Sozialfürsorge und Arbeitslosenversicherung eingeführt. Die hohen Arbeitslosenzahlen, instabile Regierungen und skrupellose Attentate blieben jedoch, und nicht nur in Berlin lieferten sich die NSDAP und die KPD blutige Straßenkämpfe. Die Hörerinnen und Hörer waren also durchaus verängstigt und entmutigt, auch, wenn man weiß, dass man es in Gießen mit klugen und gesellschaftlich engagierten Teilnehmern zu tun hatte, das zeigen uns das bisherige anspruchsvolle Programm der Volkshochschule sowie die Interessen der Hörerschaft von 1927. Hans Werner wie Walter Hegar wurden nicht müde, die gesellschaftliche Situation zwar als problematisch zu sehen, aber die Aufgabe des Einzelnen immer in seiner Verantwortlichkeit für sich selbst und die Gesellschaft, immer strebend zum Guten, zu Humanität, und damit als hoffnungsvoll für Gegenwart und Zukunft. Daraus ergaben sich 1919 bis 1927, als diese Rückblicke erfolgten, die Inhalte und Methoden der Lehrenden, ergaben sich weiterhin die anspruchsvollen gesellschaftspolitischen Themen sowie Aussprachen in den dafür vorgesehenen „Austauschabenden“, zu denen Werner berichtet:

*„Seit dem Wintersemester 1922/23 finden sich ferner an den damals neu eingeführten, in zwangloser Folge abgehaltenen ‚Austauschabenden‘ Angehörige aller Kurse zu fördernder Aussprache über die verschiedensten Fragen zusammen. In diesem Jahr z.B. steht bei diesen Abenden der Aufbau der Stadtverwaltung Gießen im Mittelpunkt. Leitende Persönlichkeiten unserer Stadtverwaltung haben in dankenswerter Weise dazu einführende Referate übernommen.“*<sup>89</sup>

Auch in diesem Thema wird wieder deutlich, wie Inhalt und Methode eine Einheit bildeten. Lehrende geben zunächst einführendes Wissen und alle tauschten sich später darüber so aus, dass sie am demokratischen Leben teilnehmen konnten.

Hegar erklärte den Sinn der Volkshochschularbeit zur Eröffnung des Sommersemesters 1928 in folgender Weise: Nicht „*Vermehrung des Wissens im Volke*“ sei angestrebt, sondern „*Gestaltung des Wissens im Volke*“ und man müsse darum dem Volk alles geben, was dem menschlichen Leben „*Sinn und Kraft*“ verleihen könnte.<sup>90</sup> Dieser leicht modifizierte Leitgedanke bedingte neue Themen, wie zum Beispiel „*Seelische Hemmungen und ihre Heilung*“ sowie auch des Öfteren Arbeitsgemeinschaften zu Ehe- und Erziehungsfragen. Ansonsten behielt man aber die alten geisteswissenschaftlichen Inhalte zu Religion, Literatur u.a.m. bei. Es fällt jedoch auf, dass seit 1928 die naturwissenschaftlichen Kurse zur Chemie, Physik,

---

88 Hans Werner, Von unserem Ziel und Weg. Ein Rückblick, ebd. S. 2.

89 Dr. Hans Werner: Die Volkshochschule Gießen, ihre Entwicklung und ihre Ziele, in: Gießener Anzeiger, Jubiläumsausgabe 1925, Achstes Blatt.

90 Walter Hegar, Bericht über das 18. Semester, Die innere Entwicklung der Volkshochschule im Wintersemester 1927/28, in StdtAG, Sammlung Flörke Teil 2, S. 2.

Gesteinskunde u.a.m. radikal abnehmen. Wir dürfen vermuten, dass dies mit der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Krise sowie den damit verbundenen Engpässen im Etat der Volkshochschule zusammenhing. Ihr demokratischer Charakter und der ihrer maßgeblichen Akteure erwies sich nun abermals darin, angesichts der gesellschaftlichen Krisenlage nicht auf die historisch-politische Aufklärung zu verzichten.

Konnte man den Hörern mit diesem seit 1919 geprägten und bis 1927 aufrecht erhaltenen und leicht modifizierten Ansprüchen in ihrem Bildungsbemühen helfen oder überforderte man sie eventuell? Einem anonymen Hörerbericht entnehmen wir, dass der Stoff der Volkshochschule die Hörer bewegte und ihr Innerstes berührte, aber sie auch verunsicherte.

*„Dabei kann es vorkommen, dass alles, an dem wir früher festhielten, wankt und über uns zusammenstürzt. ... Ist dies gut so? ... Ein früherer Austauschabend behandelte diese Frage ohne endgültiges Ergebnis.“*

Der Bericht schloss mit der Überzeugung des Autors, dass die Volkshochschule Gießen ihm neue Wege zu einer tieferen Erkenntnis eröffnet habe und er sie schmerzlich vermissen würde, müsste er auf sie verzichten.<sup>91</sup>

## Die Mühen der Ebene

### Arbeit unter prekären Bedingungen:

Es waren große Hoffnungen und Erwartungen gewesen, die die Gießener Volkshochschulgründer gehegt hatten. Die Schaffung dieser neuen Einrichtung hatte für sie das Symbol einer Erneuerung des Bildungswesens insgesamt gebildet, das seinerseits als Garant für eine sozial gerechtere demokratische Gesellschaft stehen sollte. Die Verringerung der politischen, sozialen und religiösen Gegensätze sowie wechselseitiger Respekt vor der Meinung anderer sollten die „neue geistige Volksgemeinschaft“ prägen, für die die Gießener Volkshochschule einen Ort des demokratischen Miteinanders bieten würde.<sup>92</sup> Dies war, auch über Gießen hinaus, der bei den Protagonisten der neuen Volksbildungsbewegung mit der Erwartung verbunden, dass die Volkshochschule mit ihrer Arbeit zur Verankerung des demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung entscheidend beitragen könne.<sup>93</sup> Ein Blick auf die materielle Seite der Volkshochschulentwicklung in Gießen zeigt, dass die von hohen Erwartungen getragene Aufbruchsstimmung auf nur eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten der öffentlichen Finanzierung stieß. Zugleich verlangten Krisenjahre im ersten Jahrzehnt der Republik mit ihren monetären Turbulenzen ein überdurchschnittliches Engagement bei den Akteuren, um den Auf- und Ausbau der hiesigen Volkshochschule unbeschadet zahlreicher kritischer Haushalts-situationen voranzutreiben und dabei materielle Engpässe zu überwinden.<sup>94</sup> Dass

---

91 Ein Hörer: Was uns die Volkshochschule gibt, in StdtAG, L621, Sammlung Flörke Teil 2, S. 5.

92 StdtAG, L621, Nr. 32.

93 Olbrich, a.a.O. S. 147.

94 StdtAG, L621.

dies gelang, war nicht zuletzt dem kontinuierlichen Engagement der Stadt Gießen als beteiligter Kommune zu verdanken, die sich mehrfach über ihren Etatanteil hinaus zu Hilfs- und Sonderzahlungen bereitfand.

Für den Gießener Trägerverein bestand ein Großteil der Alltagsarbeit darin, die materielle Basis für die Volkshochschultätigkeit zu sichern. Nur durch die Akzeptanz der Angebote, durch den Erfolg von Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften konnte man der Realisierung weitreichender Zielsetzungen näherkommen. Nur eine dauerhaft gesicherte finanzielle Ausstattung vermochte den Aufbau der neuen Institution und ihre kontinuierliche Weiterführung zu gewährleisten. Dies bedeutete für den Vorstand des Trägervereins während und nach der Startphase, sich intensiv mit diesem Problem auseinanderzusetzen und die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Welche vielfältigen Details dabei bedacht werden mussten, geht aus einem Briefentwurf Mittermaiers an den Oberbürgermeister der Stadt Gießen vom 01.09.1919 hervor, der im Stadtarchiv erhalten ist. Dabei spielten der anbrechende Herbst und der bevorstehende Winter keine unerhebliche Rolle.



*Abb. 8: Zeichensaal der Oberrealschule Gießen  
Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung*

Zunächst berichtet der Erste Vorsitzende davon, dass die neue Volkshochschule ihr Domizil in den Räumen der Oberrealschule (der späteren Liebigsschule), gefunden habe. Mit Zustimmung des Schulleiters könne der abendliche Unterrichtsbetrieb zwischen 19.00 Uhr und 22.00 Uhr stattfinden. Danach nennt er die Rahmenbedingungen für diese Mitnutzung der Schulräume: Es fielen Kosten für die

Heizung, die Beleuchtung, eine Vergütung für den Schuldiener, der die Hausmeisterfunktion wahrnahm, und die Reinigung an, ganz abgesehen von den Ausgaben für Unterrichtsmittel speziell für naturwissenschaftlichen Kurse.

Der Verein hoffe, diese Kosten langfristig aus eigenen Einnahmen zu bestreiten, solange dies aber nicht der Fall sei, komme er nicht umhin, die Stadt um Unterstützung zu bitten. Nach Aussage des Direktors der Oberrealschule müsse die Heizung für den Abendunterricht zusätzlich mit Koks beschickt werden, und zwar täglich mit vier Zentnern, was in der Woche die Summe von 20 Zentner ergebe. Daher ersuche der Verein darum, dass die städtische Kohlenstelle zusätzlich maximal 400 Zentner Koks an die Oberrealschule liefern möge und dass der dafür notwendige Betrag von 2500 Mark von der Stadt Gießen zur Verfügung gestellt werde. Die Kosten für die Reinigung beliefen sich auf etwa 1000 Mark und der Betrag für das Unterrichtsmaterial auf 500 Mark. Dies stellten nur die Basiskosten für den Unterrichtsbetrieb dar, ohne dass Honorare, Bürokosten etc. berücksichtigt wären. Es fielen demnach allein für das Winterhalbjahr 1919/1920 geschätzte 5000 Mark an notwendigen Unterstützungszahlungen an.<sup>95</sup>

Erfreulicherweise gab es nach der Etablierung der Volkshochschule auch Zuschüsse durch die Landesregierung, allerdings konnte man nicht unbedingt mit dem rechtzeitigen Eingang der Gelder rechnen. Insgesamt 8000 Mark, die zum 01. Oktober 1921 eingegangen sein sollten, ließen einen Monat später immer noch auf sich warten. Auch die für den Geschäftsführer Dr. Hans Werner vorgesehene „Extragabe“, ein Zuschuss zu dessen Gehalt, war nicht eingegangen. So wird der Vorsitzende des Trägervereins gebeten, die Überweisungen bei der Regierung anzumahnen.<sup>96</sup> Die Stadt Gießen hingegen zahlte offenbar pünktlich und hatte ihren Anteil von 8000 Mark bereits zum 01. September 1921 zur Überweisung freigegeben.<sup>97</sup>

Auch wenn der Geschäftsführer besoldet war und eine Geschäftsstelle, wenngleich in bescheidener Form, in dessen Wohnung in der Gießener Löberstraße 26/II existierte, gelang es nicht, bei der „Zentralstelle der Volksbildung und Jugendpflege in Hessen“ Werners Festanstellung durchzusetzen. Deren Leiter mit dem Sitz in Darmstadt, Heinrich Hassinger, anerkannte die Berechtigung des Antrags, Dr. Werner mit einer Dauerstelle zu versehen, zwar grundsätzlich, verwies aber zugleich auf die aktuellen finanziellen Engpässe, die dieses Unterfangen verhinderten.

---

95 StdtAG, L621, Nr. 18.

96 Schreiben Griessbauer an Mittermaier StdtAG, L621, Nr. 37. Griessbauer hatte die Funktion des Kassiers inne und war Direktor der Gießener Filiale der Mitteldeutschen Creditbank, einer Großbank mit Sitz in Meinigen/Thüringen und Frankfurt am Main, deren Hauptgeschäft deutschlandweit in der Finanzierung von Wirtschaftsunternehmen bestand. Sie war eine Vorläuferin der heutigen Commerzbank.

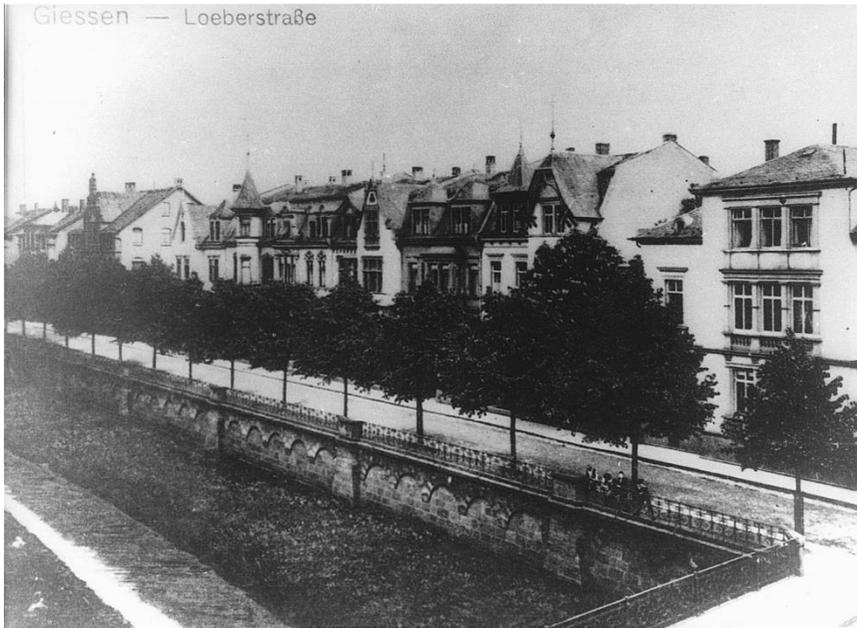
97 StdtAG, L621, Nr. 38. Die Zahlungen von Land und Kommune lagen für dieses Jahr um 500 Mark über dem Haushaltsansatz. Bei dem Differenzbetrag dürfte es sich um anlassbezogene Mehrleistungen handeln, wie dies auch in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts der Fall gewesen ist.



*Abb. 9: Heinrich Hassinger (1888-1967), Direktor der Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege in Hessen 1918-1933  
Quelle: Stadtarchiv Darmstadt*

In einem Schreiben an Mittermaier vom 03. März 1922 benennt er jedoch die zurzeit unlösbaren Probleme, dieses Anliegen zu realisieren: Die Etatmittel für die Förderung der Volkshochschulen seien zwar erhöht worden, und man wolle alles Erdenkliche tun, um der Einrichtung in Gießen zu helfen. Allerdings zeichne sich trotz der Mittelsteigerung auf Landesebene ein finanzieller Engpass ab, der mit der erfolgreichen Ausbreitung des Volkshochschulwesens zusammenhinge; es gelte nun, auch in den Provinzen Rheinhessen und Starkenburg entsprechende neuentstandene Einrichtungen zu fördern, für eine feste Stelle Dr. Werners Mittel freizumachen, sei gegenwärtig unmöglich, man werde dies jedoch weiter im Auge behal-

ten.<sup>98</sup> Abgesehen von diesem abschlägigen Bescheid klingt im zweiten Teil des Briefes in ermutigender Weise die Wertschätzung der Vorreiterrolle Gießens in der hessischen Volkshochschulentwicklung an. Hinsichtlich des Wunsches nach Festanstellung des Geschäftsführers allerdings sollte sich bis zum Weggang von Dr. Werner an eine Frankfurter Stiftung Mitte der 1920er Jahren nichts ändern.<sup>99</sup>



*Abb. 10: Wohnung und Büro des ersten Geschäftsführers Dr. Hans Werner in der Loeberstraße 26/II (Haus rechts im Bild, Ecke Bleichstraße)  
Quelle: Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Gießen, Bildersammlung*

Dieses Schreiben offenbart einen Konflikt, der sich durch die gesamte Weimarer Zeit zog. Er betraf nicht nur das Volkshochschulwesen, sondern die Finanzierung öffentlicher Aufgaben insgesamt. Auf der einen Seite hatte die öffentliche Hand mit einer Mittelverknappung aufgrund von Kriegsfolgen und Wirtschaftskrisen zu kämpfen, andererseits expandierten die Anforderungen durch das sich ausweitende, insbesondere das sozialpolitische Leistungsspektrum. Dies begrenzte

98 StdtAG, L621, Nr. 45

99 Dass Werner sich im November 1926 bereits in Frankfurt befand, geht aus einem Schreiben vom 20.11.1926 an Mittermaier hervor, in dem er trotz der ungesicherten Finanzlage hinsichtlich des Gehaltes für den Geschäftsführer die Anstellung Walter Hegars als Nachfolger empfiehlt; dieses Schreiben trägt den Briefkopf seines neuen Arbeitgebers, der Dr. Arthur Pfungst-Stiftung in Frankfurt am Main. In diesem Brief wird gleichzeitig die hohe Meinung von Hassinger über die Arbeit der Gießener Volkshochschule bestätigt, die der hessische Landesbeauftragte für das Volkshochschulwesen nach wie vor unterhalte. StdtAG, L621, Nr. 63.

im Einzelfall ganz erheblich die verfügbaren Finanzmittel, in diesem Fall des Landes, über die notwendigste existenzsichernde Grundversorgung hinaus.<sup>100</sup>

Unbeschadet der finanziellen Enge gewann die Gießener Volkshochschule bereits in den Anfangsjahren eine beträchtliche Akzeptanz. Dies schlug sich in konkreten Zahlen nieder: So konnte ihr Trägerverein seit der Gründung einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen: von 148 im ersten auf 335 Mitglieder im Jahr 1921. Die Zahl der Teilnehmer an den Vortragreihen und Arbeitsgemeinschaften stieg im gleichen Zeitraum von 430 auf 520. Dies erfreuliche Wachstum, das sich in den Folgejahren stabilisierte, schlug sich zunächst nicht in erhöhten Zuschüssen der öffentlichen Hand nieder, und die Mitgliedsbeiträge deckten nur einen Teil der entstandenen Mehrkosten. So galt es, die erforderlich gewordenen zusätzlichen Ausgaben durch eine sparsame Haushaltsführung intern aufzufangen; Zuschüsse von dritter Seite, etwa der Universität, waren nicht zu erwarten.<sup>101</sup>

### **Krise und Stabilisierung**

Umso gravierender machte sich in dieser Phase die Geldentwertung bemerkbar. Die Inflation der 1920er Jahre brachte die Volkshochschule in finanzielle Bedrängnis, da die erhaltenen Zuwendungen zwar der Geldentwertung angepasst wurden, die jeweiligen Erhöhungen jedoch mit der wachsenden inflationären Dynamik nicht Schritt halten konnten. Für das Geschäftsjahr 1922 waren bereits im Juni schon mehr als die Hälfte der von Stadt und Land bereitgestellten Gelder aufgebraucht, ebenso die an die Stadt später zurückzuzahlenden Sonderzuschüsse, die von der Kommune als eine Art von Notkrediten zur Überbrückung finanzieller Engpässe zur Verfügung gestellt worden waren.<sup>102</sup> So reichte zum Beispiel im November 1922 ein bestehendes Guthaben von 21175,40 Mark gerade noch aus, um das bescheidene Gehalt des Geschäftsführers zu bezahlen. Von den Mitgliedsbeiträgen waren für das laufende Jahr nur noch geringe Summen zu erwarten. Unter diesen Bedingungen erschien es bereits im Oktober des Jahres kaum mehr möglich, die an die Volkshochschularbeit gestellten Anforderungen bis zum Jahresende erfüllen zu können.<sup>103</sup>

Mit Einführung der Rentenmark 1924 stabilisierte sich die Situation. Die städtischen Zuschüsse entsprachen mit 1200 Reichsmark den Voranschlägen; diese Summe wurde bis 1930 nur für einzelne Rechnungsjahre mit Beträgen zwischen 1450 und 1950 Reichsmark überschritten, lag aber nie darunter. Hinzu kamen ein

---

100 Vgl. den Abschnitt: Kommunale Selbstverwaltung zwischen Leistungsexpansion und Finanznot (1918-1933) bei Hildebrand, Jens: Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung, in: <http://bpb.de/izbp/257298/geschichte-der-kommunalen-selbstverwaltung?p=all> (Zugriff 08.09.2018, 15:30 Uhr) Generell waren die frühen Jahre der Weimarer Republik durch ein hohes Interesse des Staates, in der Umsetzung: der Länder und Kommunen, an einer forcierten Entwicklung des Volkshochschulwesens gekennzeichnet, dem sowohl eine bildungs- auch eine sozialpolitische Bedeutung beigemessen wurde.

101 Archiv der JLU Gießen, Nr. 1278, S. 2.

102 Kontoübersicht vom 15.06.1922, StdtAG, L 621, Nr. 46.

103 Griessbauer an Mittermaier vom 06.11.1922, StdtAG, L 621, Nr. 48.

jährlicher Landeszuschuss von 1550 Reichsmark und Mitgliedsbeiträge von 750,50 Reichsmark. Auf dieser bescheidenen, aber stabilen Grundlage war die Existenz der Gießener Volkshochschule für die kommende Zeit gesichert. Sie hatte damit die größte Herausforderung seit ihrem Bestehen gemeistert. Im Wintersemester 1924/1925 lag die Zahl der Hörerinnen und Hörer bei etwa 420, wobei 75 von ihnen von einer Beitragszahlung befreit waren oder eine Ermäßigung erhalten hatten. Die Anzahl der Mitglieder des Trägervereins war auch über die Zeit der Inflation stabil geblieben.<sup>104</sup>

Wie knapp diese Finanzdecke aber immer noch war, geht aus einem erneuten Schreiben von Mittermaier an den Gießener Oberbürgermeister hervor. Er erwähnte zwar positiv, dass der Zuschuss der Stadt dankenswerterweise die Kosten für die Räumlichkeiten abdecke; insgesamt könne man trotz des erhöhten Raumbedarfs mit einigen Einschränkungen weiterarbeiten. Hervorgehoben werden die Zuschüsse des Landes, das eine Mittelserhöhung zugesagt habe, und die Mitgliedsbeiträge von Seiten des Trägervereins. Dem stünden jedoch beträchtliche Ausgaben gegenüber: Allein die Gehälter des Geschäftsführers, einer Schreibkraft und die Aufwendungen für den Hausmeister beliefen sich 1927 auf über 2000 Reichsmark; eine ähnliche Summe käme für die notwendigen Sachkosten hinzu. Die Volkshochschule sehe sich in jüngster Zeit zunehmenden Ansprüchen an ihre Arbeit gegenüber; dies betreffe besonders den Geschäftsführer mit seinem wachsenden Aufgabenbereich. Seine Tätigkeit habe sich durch überregionale Einbindungen, z.B. den Reichsverband der Volkshochschulen und die Gründung der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, deutlich erweitert. Gegenwärtig mache es die knappe Finanzlage schwierig, Lehrkräfte zu gewinnen. Sicher könne man Mitgliedsbeiträge und Gebühren erhöhen, eine grundlegende Verbesserung der Lage sei aber nur durch die Steigerung der Zuschüsse durch die öffentliche Hand zu erreichen.<sup>105</sup>

Tatsächlich erhöhte die Stadt Gießen für das Jahr 1927 ihren Etatanteil auf 1450, und für 1928 auf 1950 Reichsmark. Für 1930 brachte sie immerhin 1700 Reichsmark in Anspruch.<sup>106</sup> Bemerkenswert ist, dass, bescheiden formuliert, aber mit unverkennbarem Stolz Mittermaier seine Bitte um erhöhte kommunale Zuwendungen mit dem Hinweis verband, dass die Gießener Volkshochschularbeit

*„(...) jetzt das Vorbild für die Erwachsenenarbeit an den Strafanstalten wird. Mit dieser Vertiefung ist aber eine erhöhte Tätigkeit der Geschäftsführung verbunden“.*<sup>107</sup>

---

104 Gießener Anzeiger vom 06.04.1925, StAG, L 621, Nr. 58.

105 Schreiben Mittermaiers vom 16.10.1927 an den Oberbürgermeister der Stadt Gießen, StAG, L 621, Nr. 65.

106 Übersicht der Zuschüsse durch die Stadt Gießen für die Jahre 1919 bis 1931, undatiert, StdtAG, L 621, Nr. 66.

107 Schreiben Mittermaiers vom 16.10.1927, Ebd. Die Bemerkung hinsichtlich der Erwachsenenbildungsarbeit in den Justizanstalten verweist auf die Nähe von Mittermaiers Auffassungen zu den Reformvorstellungen Gustav Radbruchs, der zwischen 1921 und 1923 das Amt des Reichsjustizministers innehatte. Radbruch (1908) und Mittermaier (1909) publizierten nahezu zeitgleich zu den Umrissen eines modernen Strafrechts. Vgl. Karl Engisch in: Gundel, a.a.O., S. 658, sowie Ulfried Neumann, Gustav Radbruchs Beitrag zur

A. Einnahmen

Mitgliederbeiträge	752,50 RM
Staatszuschuß	1550,-- "
Stadtszuschuß	1200,-- "
	zus. 3502,50 RM.

(Der Staatszuschuß setzt sich zusammen: 1200 % + 250 % Sonderbewilligung + 50 % Marionettentheater + 50 % Studienreise nach Jena.)

B. Ausgaben

1) persönliche	Geschäftsführer	1390,-- RM
	Schreibhilfe	420,-- "
	Hausmeister	313,-- "
		zus. 2123,-- RM.

2) sachliche	Sommer 27	Winter 27/28	zusammen
Saalmiete	235,-- RM	250,-- RM	485,-- RM
Beleuchtung	29,90 "	100,-- "	129,90 "
Heizung	5,10 "	225,-- "	230,10 "
Lehrmittel	-- "	15,-- "	15,-- "
Drucksachen	60,50 "	50,-- "	110,50 "
Anzeigen	83,46 "	150,-- "	233,46 "
Bücher	19,10 "	5,-- "	24,10 "
Reisepesen (davon Studienreise des Leiters nach Jena)	110,-- "	30,-- "	140,-- "
Geschäftsführung	386,41 "	300,-- "	686,41 "
Verschiedenes	76,55 "	20,-- "	96,55 "
			zus. 2151,22 RM

Summe der Ausgaben: 4274,22 RM.

Das Mehr der Ausgaben könnten wir diesmal noch durch einen geringen Rest des Vorjahres decken, der übrig blieb, da die Geschäftsführung in dieser Zeit während längerer Abschnitte wesentlich unentgeltlich geleistet wurde. Damit würden wir uns aber von allen Mitteln entblößen und die Weiterarbeit der Volkshochschule zu Beginn des nächsten Etatsjahres in Frage stellen, da unsere Geldquellen erfahrungsgemäß erst einige Monate nach Jahresbeginn zu fließen beginnen. Die Lehrerhonorare decken sich mit den Kursgebühren; sie betragen für den Abend 5,-- RM.

Es zeigt sich hieraus, daß wir unsere Arbeit aufs Härteste beschränken müssen, daß es schwer fällt, Lehrer zu gewinnen, und daß wir trotz aller Beschränkung genötigt sein werden, die Mitgliederbeiträge und die Kursgebühren in die Höhe zu setzen. Eine Erweiterung der Arbeit aber ist nur durch Erhöhung der Zuschüsse möglich. Die Zentrale für Volksbildung und Jugendpflege in Darmstadt hat uns zugesagt, im letzten Viertel des Rechnungsjahres uns nochmals nach Möglichkeit den Zuschuß zu erhöhen und ihn jedenfalls für die Zukunft zu erweitern.

Die Hauptschwierigkeit liegt für uns in der allzu großen Beschränkung der Geschäftsführung, für die uns zu wenig übrig bleibt.

Der Vorstand:  
Professor Dr. Mittermaier.

Abb. 11: Finanzsituation der Volkshochschule in einem Schreiben Mittermaiers an den Gießener Oberbürgermeister Keller. Quelle: Stadtarchiv Gießen

Strafrechtsreform, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Gustav Radbruch als Reichsjustizminister (1921-1923), Berlin 2004, S.49-62, hier S. 50. Mittermaier führte Exkursionen u.a. in die nahegelegenen hessischen Justizvollzugsanstalten Butzbach und Rockenberg; er besuchte mit seinen Studenten psychiatrische sowie Einrichtungen der Sozialfürsorge.(Engisch a.a.O., S. 663).

Offenbar konnte er damit rechnen, bei den Verantwortlichen der Stadt Gießen mit einer solchen Erfolgsmeldung auf eine positive Resonanz zu stoßen.

Wenngleich die Existenz der Volkshochschule für die nächsten Jahre nun finanziell gesichert war, blieb die Frage der Festanstellung des Geschäftsführers auch nach dem Weggang Dr. Werners ungelöst; auch sein Nachfolger Walter Hegar musste auf eine solche verlässliche Basis verzichten. Und noch ein anderes Problem begleitete die Erwachsenenbildung in Gießen durch die Jahre hindurch. War es das Ziel gewesen, alle Schichten und Berufe für die Veranstaltungen zu gewinnen, so schien dies schon 1921 erreicht.

Bei genauerem Hinsehen jedoch erwies es sich, dass zwei Drittel der Teilnehmer an Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften aus der bürgerlichen Mittelschicht kamen und die Arbeiterschaft unterrepräsentiert geblieben war.<sup>108</sup> Diese Verteilung scheint sich bis in die zweite Hälfte der 1920er Jahre fortgeschrieben zu haben. In einem internen Bericht von 1927 heißt es:

*„Besondere Aufmerksamkeit schenkten wir in letzter Zeit der noch zu erreichenden Verbindung zur Arbeiterschaft, die Gewerkschaften stellten uns den Saal des Gewerkschaftshauses für einen eigenen Eröffnungsabend zur Verfügung und nehmen an der Durchführung u.a. des ersten Volkskunstabends begrüßenswerten Anteil.“<sup>109</sup>*

Die Auseinandersetzung über Zielgruppen und Finanzierung der Volkshochschularbeit scheint sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise noch verschärft zu haben. Die Stadtverordnetenversammlung reduzierte den städtischen Zuschuss für das Jahr 1930, wobei das Argument eines Redners war, die Volkshochschule verfehle ohnehin ihre eigentliche Zielgruppe, die Arbeiterschaft und die wohlhabenden Hörer könnten sehr wohl höhere Beiträge zahlen, so dass der städtische Zuschuss geringer ausfallen könnte. Dies rief Walter Hegar als Leiter der Volkshochschule auf den Plan. Unter dem 5. April 1930 ließ er im Gießener Anzeiger eine geharnischte Stellungnahme abdrucken, um diesen Angriff abzuwehren:

*„1. Nur in sehr großen Städten ist es angängig, die Volkshochschularbeit auf die Bildungsbedürfnisse einer einzelnen Volksschicht, z. B. der Arbeiterschaft, einzustellen. (...) In einer Mittelstadt, ja selbst in einer mittleren Großstadt, muß die Volkshochschule schon aus äußeren Gründen den Bildungshungrigen aus allen Schichten offen stehen. Sie hat nur dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiterschaft angemessen an ihr beteiligt. Das geschieht in Gießen mit Erfolg, obwohl bekanntlich die Gießener Fabrikarbeiter größtenteils auswärts wohnen. 2. Nur auf Grund des offenbaren Irrtums, daß die aus allen Schichten stammende Hörschaft sich überwiegend aus Begüterten zusammensetzt, konnte eine Gebührenerhöhung verlangt werden. Entsprechend der weiter vorgeschrittenen sozialen Umschichtung sind 75 v.H. der Hörer zwar nicht Fabrikarbeiter, aber Arbeitnehmer. 70 v.H. der Hörer sind unter 30 Jahre alt. Von diesen, doch nur ganz ausnahmsweise in glänzenden Positionen befindlichen Hörern erhöhte Gebühren zu nehmen, wäre vielleicht noch zu rechtfertigen, wenn die Volkshochschule in Geld umsetzbare Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln wollte. Aber von den 31 Kursen, die im abgelaufenen Jahre durchgeführt wurden,*

---

108 Archiv der JLU Gießen, Nr. 1278, S. 1.

109 Bericht über das 17. Semester (Sommersemester 1927) Seite 1, StdtAG, L 621, Nr. 70.

dienten 29 der reinen, keine greifbaren Vorteile bietenden Bildung.(...)3. (...)Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß eine Arbeiterhochschule in einer Mittelstadt von der sozialen und geistigen Struktur Gießens sehr bald als Fremdkörper empfunden werden würde. Wir können hier nur eine Volkshochschule brauchen, die das in allen Volksschichten feststellbare Bedürfnis nach intensiver Volksbildung auf den verschiedensten Gebieten befriedigt.“<sup>110</sup>

In diesem Geiste suchte die Volkshochschule ihren Weg. Ein interner Berichtsentwurf aus dem Jahr 1927 verwies dabei nicht nur auf die „durch die Finanzlage erzwungene Raumknappheit“, sondern erwähnte zugleich Kooperationen mit verschiedenen kulturellen und sozialen Institutionen vom Stadttheater über den Goethebund<sup>111</sup> bis hin zu Gruppen der Jugendbewegung und den Gewerkschaften. Es wurden regionale und überregionale Kooperativen gebildet, um sich personell und thematisch zu ergänzen.

Ebenso nahm die Volkshochschule Gießen seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre aktiv an der überregionalen Verbandsarbeit teil und reihte sich damit in die entsprechenden großstädtischen Institutionen im Volksstaat Hessen ein. Was zunächst wie eine weitere Etappe in der Aufbauarbeit wirkt, erhält bei der Lektüre des Berichts über ein erstes Treffen im Jahr 1927 einen sehr ernsten, fast bedenklichen Unterton: Der Landesverband hessischer Volkshochschulen, dem die Einrichtungen aus Darmstadt, Gießen, Mainz und Offenbach angehörten und der auf die Verbreiterung der Mitgliedschaft durch den Beitritt anderer Standorte hoffte, hatte sich gebildet, um die Öffentlichkeit für die Erwachsenenbildung verstärkt zu interessieren und um zu vermeiden, „... daß die Bewegung in Hessen mangels Förderung versandet.“<sup>112</sup> Die Mühen der Ebene waren nicht zu Ende, und die Befürchtung, angesichts unzureichender öffentlicher Mittel erneut unter prekären Bedingungen arbeiten zu müssen, erschien den Beteiligten offensichtlich als eine reale Gefahr am Horizont der zukünftigen Entwicklung.

## Die letzten Jahre der demokratischen Volkshochschule

### Wechsel im Führungspersonal und Krisenmanagement

Ein Teil der personellen Probleme der Volkshochschule lag darin, dass sie von Anfang für ihren Leiter keine dauerhafte Stelle einrichten konnte. Dies wirkte sich

---

110 StdtAG, Gießener Anzeiger vom 5.4.1930, vgl. auch Minke, a.a.O., S.336.

111 Vgl. zum Gießener Goethebund und seinen politischen Entwicklungen zwischen liberalen und völkischen Richtungen Jörg Jatho, Der Gießener Goethebund, Gießen 2004. Im Goethebund scheint der Volkshochschule allerdings eher eine Konkurrenz erwachsen zu sein, zumindest organisierte er einen „Volksbildungstag“ in Gießen am 25. September 1930, der eindeutig eine völkisch – nationalkonservative Handschrift trug, zum „Ausbau einer starken, volkstumbaften Bildungspflege“.

112 StdtAG, L621, Nr. 71, Bericht über das 17. Semester (Sommersemester 1927), S. 2. Der Aufbau des Volkshochschulwesens oblag den Ländern und den Kommunen. Die jeweiligen Einzelgründungen fanden im Laufe des Entwicklungsprozesses ihre überregionale Struktur in den Regionalverbänden, die mehrheitlich in den 1920er Jahren entstanden; Thüringen nahm mit der Gründung 1919 dabei eine Vorreiterrolle ein. Vgl. Olbrich, a.a.O. S. 147.

besonders gravierend in den letzten Jahren der freien Volkshochschule aus. Bereits 1924 hatte sich abgezeichnet, dass Werner mittelfristig ein neues Arbeitsfeld suchen würde. Im Juli 1924 nahm er Urlaub für einen Russlandaufenthalt, den er im Rahmen der Volkshochschule für einen neuen Arbeitsbereich „Auslandskunde“ nutzen wollte, der sich aber bis Anfang 1926 hinzog. Zum 1. Mai 1926 wechselte er zur „Dr. Arthur Pfungst–Stiftung“ nach Frankfurt, einer jüdischen Stiftung, die sich vor allem um Bildungsgerechtigkeit und die Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten für bedürftige Jugendliche kümmerte,<sup>113</sup> gab aber weiter Kurse an der Gießener Volkshochschule. Auch ansonsten riss die Verbindung nicht ab: Noch im Sommer 1931 bot die Volkshochschule zwei Ferienkurse zum Thema „Lebensfragen“ im Landhaus der Pfungst-Stiftung in Fischbach im Taunus an, als Leiter firmierte neben anderen auch Hans Werner als Studienleiter der Pfungst-Stiftung.<sup>114</sup>

Sein Nachfolger, von Werner noch angeworben, wurde, wie oben erwähnt, Walter Alfred Hegar, der vorher in Frankfurt im Rahmen des Jugendringes die Jugendhochschulgemeinde Frankfurt geleitet hatte, die mit Unterstützung des Bundes für Volksbildung arbeitete.<sup>115</sup> Über ihn wissen wir wenig.<sup>116</sup> Am 1. Januar 1927 übernahm er die Leitung der Volkshochschule, am 13. März zog er nach Gießen und wohnte zur Untermiete bei der Witwe des Oberpostschaffners und Gründungsmitgliedes der Volkshochschule Heinrich Fehl in der Kaiserallee 44 und dann in der Landmannstraße 18, auch zur Untermiete. Er lebte also anders als Werner in weniger saturierten Verhältnissen. Die Geschäftsstelle der Volkshochschule war nun nicht mehr in der Wohnung ihres Leiters untergebracht, sondern erhielt eine eigene Adresse in der Wolfstraße 10 p. Am 1. Mai 1931 verließ Hegar Gießen und seine Volkshochschule wieder und meldete sich ab ins Badische, in seinen Heimatort Sulzbach am Staufen.

Hegars Zeit in Gießen stand unter keinem guten Stern. Das Verhältnis zu Wolfgang Mittermaier und Wilhelm Flörke, den beiden Vereinsvorsitzenden, gestaltete sich problematisch, ohne dass wir wüssten, was die Ursache hierfür gewesen sein könnte. Jedenfalls teilte Mittermaier dem Oberbürgermeister unter dem 15. November 1927 mit, er und Dr. Flörke hätten entschieden, den Vorstandsvorsitz der Volkshochschule niederzulegen, da sie mit der Geschäftsführung Hegars nicht einverstanden seien, der sich „eine immer größere und ihm nicht zukommende Selbständig-

---

113 Die Geschichte der Pfungst–Stiftung, deren Studienleiter Werner wurde, ist bis heute nicht zu rekonstruieren, da sie nach 1933 als anthroposophisch orientiert und zudem jüdisch liquidiert, in die Verwaltung der Stadt Frankfurt überführt und ihr Archivbestand aufgelöst wurde.

114 Programm der Volkshochschule Gießen, 25. Hj. 1931, StAG GN 820.

115 Stadtarchiv Frankfurt

116 Walter Hegar besaß die badische Staatsbürgerschaft und stammte aus Sulzbach am Staufen, StdtAG, Melderegister. Möglicherweise ist er jener Student der Geschichte aus Freiburg Walter Hegar, der 1919 in den Vorstand der Sozialistischen Gruppe der Freiburger Studentenschaft gewählt wurde (Rektoratsakte B1/2452, Universitätsarchiv Freiburg). Möglicherweise ist er der Autor der dort erschienenen kleinen Schrift „Der Sozialismus und die Kopfarbeiter“, Freiburg 1919. In ihr wird die Verpflichtung der „Kopfarbeiter“ betont, die am Materiellen orientierte Arbeiterklasse zu höherer Bildung zu führen.

keit in der Leitung“ angemäÙt habe. Er und Flörke hätten aber mit ihren Vorstellungen bei den Lehrern und dem übrigen Vorstand keine Mehrheit gefunden.<sup>117</sup> Die Nachfolge im Vorstand übernahm Prof. August Messer, der bereits seit der Gründung der Institution dabei war.

Hegar hatte die Volkshochschule durch die Weltwirtschaftskrise zu steuern, das ist auch zu erkennen an dünner werdenden Programmen auf schlechterem Papier, an Kürzungen in den Kursen, am steigenden Anteil von (beitragsfreien!) Erwerbslosen unter der Hörschaft, für die eigene Kurse eingerichtet wurden. Im Sommer 1930 entfiel ein ganzes Semester. Als Hegar sich am 1. Mai 1931 aus Gießen abmeldete, blieb er dennoch weiterhin zunächst Leiter der Volkshochschule, bot auch zusammen mit Werner noch den oben erwähnten Ferienkurs bei der Pflungstiftung an. Ob ihn finanzielle Engpässe ins Elternhaus zurückverwiesen? In den Akten des Stadtarchivs deuten sich problematische Zustände an: Geschäftsberichte wurden nicht mehr gegeben, Programme wurden nicht mehr überreicht. Es scheint, dass Prof. Messer vorübergehend die Geschäfte ehrenamtlich geführt hat. Am 15. Januar 1932 teilte er der Stadtverwaltung mit, dass die Volkshochschule einen neuen Leiter habe: Der Studienassessor Ernst Christ habe diese Aufgabe ehrenamtlich übernommen. Der letzte Arbeitsplan der freien Volkshochschule für das Sommersemester 1932 passte auf einen Handzettel: 10 Kurse und ein Ausflug wurden geboten.<sup>118</sup>

## Der Weg in den Nationalsozialismus

Wurde die Gießener Volkshochschule 1933 aufgelöst? Wurde sie in eine nationalsozialistische Institution überführt? Löste sie sich selbst auf? Wurde sie durch Mittelstreichungen gezwungen, sich aufzulösen? Bereits unter dem 31. Mai 1933 stellte die Bürgermeisterei Abteilung I lapidar fest:

*„Im Voranschlag für 1933 sind Zuschüsse für die Volkshochschule nicht mehr vorgesehen.“<sup>119</sup>*

An der Auflösung der Volkshochschule war also seitens der Stadt bereits im Wege der Mittelstreichung gearbeitet worden, bevor im Herbst 1933 das Hessische Ministerium den Schulrat Paul Nebeling mit der Überführung der Volkshochschule in eine Einrichtung des „*Deutschen Volksbildungswerkes in der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' Gießen (Volkshochschule)*“ beauftragen konnte. Der für 1934/35 vorgestellte Arbeitsplan hatte denn auch nichts mehr mit den Inhalten der Weimarer Volkshochschule gemein: Man lehrte

*„1. Grundbegriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung. 2. Deutsche Geschichte durch zwei Jahrtausende. 3. Volkshafte Dichtung. 4. Heimische Vor- und Frühgeschichte. 5. Rassenkunde, Rassenhygiene, Vererbungslehre und Familiengeschichte. 6. Drei Einzelsvorträge zu fernen Ländern. 7. Volkstümliches Singen und Musizieren.“<sup>120</sup>*

---

117 StdtAG L621, Nr. 1425.

118 StdtAG L1425, Nr. 53111.

119 Ebd.

120 StdtAG, GN 820.

Das Lehrpersonal war bis auf eine Ausnahme ausgewechselt; insbesondere der Dozent des Kurses zu Rassenlehre und verwandten Gebieten sollte später eine üble Berühmtheit erhalten als Leiter des Instituts für Erbgesundheit und Rassenpflege Gießen: Dr. Heinrich Wilhelm Kranz.<sup>121</sup> Aus dieser Richtung der „Rassenhygiene“ scheinen sich einige Hoffnungen mit der Volksbildung verbunden zu haben: Die Eröffnungsrede für die „Volksbildungsstätte“ im neuen Geist am 13.11.1935 hielt Prof. Dr. Johann Duken, seit kurzem Leiter der Universitäts-Kinderklinik, Nationalsozialist und „Vorkämpfer“ der Rassenhygiene und der Euthanasie in Theorie und Praxis. Zur Volkshochschule hatte er aus seiner vorherigen Zeit in Jena schon intensive Beziehungen, wo er bereits 1933 als „Landesführer politische Bildung der SS“ die dortigen Einrichtungen im Geist des Nationalsozialismus in die „*Deutsche Heimatschule*“ überführt hatte.<sup>122</sup> Eine ähnliche „Vision“ entwickelte Duken auch für seine neue Wirkungsstätte.<sup>123</sup> In seiner Rede anlässlich der Eröffnung der „Volksbildungsstätte“ führte er aus, dass es

*„(...) nicht leicht (sei), eine Schulungsstätte für das Volk zu eröffnen. Es gehört eine Tradition dazu, die in Hessen und ganz besonders in Gießen leider fehlt, obwohl hier eine Universität besteht, die eigentlich genügend Anregungen geben müsste.“<sup>124</sup>*

Duken palimpsestierte hier quasi die Geschichte der Weimarer Volkshochschule, er versuchte geradezu, sie auszuradieren und unternahm daher im Folgenden konsequenter Weise einen direkten Sprung aus dem Schützengraben des Weltkrieges über eine Epoche so genannter „jüdischer Überfremdung“ hinweg in seine Gegenwart: Ziel sei nun die „*wahre Volksgemeinschaft*“, während „*früher Bildung nur im Besitz gewisser Schichten*“ gewesen sei. Der „*deutsche Idealismus*“ sei „*das Unsozialste jener Zeit*“ gewesen. Hier habe „*der Krieg eine gewaltige Bresche geschlagen*“, der „*einfache Mann aus dem Volk*“ (man beachte die bekannte Hitler – Metapher), habe „*die geistig höher Stehenden beschämt*“. Der Krieg hätte die Menschen zusammengeführt, dann aber sei man wieder auseinandergetrieben worden und spreche nun nicht mehr die gleiche Sprache. Duken erkannte eine „*Überfremdung unserer Muttersprache*“ durch „*fremde Einflüsse*“, besonders – wie könnte es anders sein – durch das Judentum. Um diese „*Geistesströmung endgültig zu brechen*“ sei die „Volkshochschule“ aufgehoben und er wolle nun von „Heimatschule“ sprechen, wo jeder Volksgenosse erhalte, was er brauche.

Auf den ersten Blick finden sich scheinbare Gemeinsamkeiten mit der demokratischen Volkshochschule: In kleinen Arbeitsgemeinschaften wolle man arbeiten, keine reine Wissensvermittlung oder berufliche Weiterbildung wolle man be-

---

121 Vgl. Brigitte Reifenrath, Gießener Mediziner auf dem Weg in den Nationalsozialismus, in Frontabschnitt Hochschule, Gießen 1982, S. 187ff. bes. S. 196ff. Kranz hatte durchaus Vorläufer in den Kursen der Volkshochschule, die Herren Huntemüller oder Gotschlich hatten ihre „rassehygienischen“ Vorstellungen bereits zu Beginn der 20er Jahren eingebracht, dieses Gebiet war aber in der Volkshochschule bald verlassen worden.

122 Vgl. Reimers, a.a.O. S. 685

123J. W. Duken, Das Lehramt für politische Erziehung an der Universität Gießen, in: Gießener Universitätsführer 1934/35, S. 36f., zit. bei Reifenrath, a.a.O., S. 220

124 StdtAG, Gießener Anzeiger vom 14.11.1935.

treiben, den „*ganzen Menschen*“ wolle man ins Auge fassen und ihn fragen lassen, „*was alle bewegt*“. Und wollten die Weimarer nicht auch eine „*Gemeinschaft des ganzen Volkes*“ fördern? An dieser Stelle wird die Gefahr der Volksgemeinschafts-metapher augenfällig. Jetzt hatte der Begriff endgültig seine Unschuld verloren. Die Weimarer wollten eine demokratische Gesellschaft, in der jeder als Staatsbürger zu wirken befähigt werden sollte. Sie wollten das erreichen durch politische Neutralität und Angebote, die zur eigenen Urteilsbildung anregten. Die Nationalsozialisten setzten an ihre Stelle eine „*Volkshochschule (als) eine Einrichtung der Partei, die dem Gauschulungsamt unterstellt und in das Volkshochschulwerk eingegliedert ist.*“<sup>125</sup>

1935 wurde eine Kooperation mit dem seinerseits auch in nationalsozialistisches Fahrwasser geführten Goethebund<sup>126</sup> eingerichtet. Räume stellten nicht mehr Gießener Schulen, sondern weitgehend die Universität. Im Folgenden wurden Kulturveranstaltungen in Gießen wie auch rassenhygienische Aufklärungsveranstaltungen jeweils unter „Volkshochschule“ subsumiert.

Den beiden universitären Gründungsmitgliedern und langjährigen Mitstreitern der Volkshochschule, Wolfgang Mittermaier und August Messer, die sich jederzeit öffentlich zur Demokratie bekannt hatten, wurde seitens der Universität nahegelegt, um ihre Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen und sich emeritieren zu lassen, um politischen Anfeindungen von nationalsozialistischer Seite beziehungsweise ihrer Entlassung vorzubeugen.<sup>127</sup> Heinrich Pröschold, Sozialbeamter und Mitarbeiter der ersten Stunde, emigrierte nach Dänemark, wo er die Leitung eines Heimes für schwer erziehbare Kinder übernahm.<sup>128</sup> Das Schicksal Hans Werners verliert sich im Ungewissen. Wir erfahren von seinem Mitarbeiter und Freund Heinrich Pröschold, er habe

*„in deren (der Pfungst-Stiftung) Ferienhaus in Fischbach im Taunus (...) seit dem letzten Kriege gelebt, immer noch in die benachbarten Ortschaften mit einem Pack Bücher wandernd, um dort die ihm lieb gewordene Arbeit fortzusetzen...“*<sup>129</sup>

Volkshochschulgründungsmitglied Albin Mann wurde nach der „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften am 1. Mai 1933 entlassen, blieb Stadtverordneter der SPD im Gießener Stadtparlament bis zum Verbot der Partei im Juni 1933, wurde dann ins Konzentrationslager Osthofen eingeliefert, schlug sich in der Folge mit Gelegenheitsarbeiten als Maurer durch, stand weiter unter verschärfter Beobachtung der Behörden und war 1944 nochmals im Konzentrationslager, diesmal in Dachau. Oberbürgermeister Karl Keller konnte sich trotz seiner Mitgliedschaft in

---

125 StdAG, Gießener Anzeiger, 10.11.1935. Die Lenkung der Erwachsenenbildung gestaltete sich durch die Nationalsozialisten einigermaßen chaotisch. Olbrich nennt allein 12 konkurrierende Organisationen mit jeweils dem gleichen Auftrag und teilweise gegeneinander arbeitend. Olbrich, a.a.O., S. 234.

126 Ebd. Zum Goethebund in der NS – Zeit unter seinem Vorsitzenden und Mitarbeiter der Reichsschrifttumskammer Otto Hermann Henning vgl. Jatho, a.a.O.

127 Gundel, a.a.O. S. 663 und S. 647 f. Mittermaier verließ Gießen in Richtung Heidelberg, wo er 1956 starb, Messer starb 1937 in Gießen nach einigen mutigen Kämpfen gegen die nationalsozialistische Unterdrückung der Wissenschaftsfreiheit.

128 Pröschold, a.a.O., S. 81

129 Ebd. S. 84

der DDP und später in der Staatspartei „dank seiner engen Bindung an das Gießener Bürgertum noch bis März 1934 im Amt halten“,<sup>130</sup> dann wurde er ersetzt durch einen „Alten Kämpfer“ der NSDAP aus Bingen.<sup>131</sup>

Die Stadt ihrerseits sah sich nun auch nicht mehr in der Verantwortung für die seinerzeit mit ihrer Hilfe aus der Taufe gehobene Einrichtung der Volkshochschule: Das Gesuch des Schulrates Nebeling unter dem 13. März 1935 um die Gewährung eines Zuschusses seitens der Stadt wurde dahingehend beschieden, dass man es anheimstelle, doch erst einmal einen Zuschuss bei der Staatsregierung anzustreben, „da das gesamte Schulwesen und damit die Volksausbildung doch in deren Händen liegt“.<sup>132</sup>

Angesichts dieses eklatanten Kulturverlusts konnte im Jahre 1947, nach dem erneuten völligen Zusammenbruch, nicht ohne Ironie, anlässlich der feierlichen Wiedereröffnung der Gießener Volkshochschule der Festredner Reinhard Strecker, eines der „alten“ Gründungsmitglieder der Volkshochschule, feststellen:

*„Gott gab dem Menschen die Freiheit der Entscheidung, wähle er den Teufel, dürfe er sich nicht wundern, wenn er schließlich in einer Hölle lande.“*<sup>133</sup>

### **Ausblick: Neuanfang 1947**

Es wird in der Forschung zur Geschichte der Erwachsenenbildung zu Recht darauf verwiesen, dass etwa die Feststellung des Kieler Pädagogikprofessors Fritz Blätner aus dem Jahr 1959, das Jahr 1933 habe das Bemühen um die Erwachsenenbildung beendet, 1945 habe man die Arbeit neu begonnen,<sup>134</sup> zu kurz greift und vielfach verdrängt, dass es eine „unbestreitbare Anfälligkeit reformpädagogischen Denkens für Gemeinschaftsideologie, Führerkult und Irrationalismus“,<sup>135</sup> dass (scheinbare?) Affinitäten zwischen der Volksbildungsarbeit der Weimarer Zeit und der des Nationalsozialismus gegeben hat – man denke nur an den Gemeinschaftsgedanken und die „suggestive Kraft der Volksgemeinschaftsideologie“.<sup>136</sup>

Für die Gießener Volkshochschule gilt dies nicht, sie konnte in der Tat nach dem Zusammenbruch von 1945 an das anknüpfen, was sie 1933 hatte aufgeben müssen, und zwar sowohl inhaltlich, als auch, in geringerem Maße, personell. Die letzten Jahre der Gießener Volkshochschule waren geprägt gewesen von Versuchen, sich einer zunehmend antidemokratischen Tendenz entgegenzustemmen. So finden wir seit dem Sommer 1929 durchgehend bis 1932 einen Kurs des kriegsblinden Volkswirtes Dr. Konrad Gumbel zum Thema: „*Staatsrechtliche Fragen, über die jeder Staatsbürger im demokratischen Staatswesen orientiert sein muß*“. Gumbel, Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter der SPD, musste nach seinem „Offenen Brief eines Kriegsblinden an den Reichskanzler“ vom 3. Februar 1933 in der Ober-

---

130 Speitkamp a.a.O., S. 238.

131 Ebd. S. 237 f.

132 StdtAG, L. 1425.

133 StdtAG, Gießener Anzeiger 12.4.1947.

134 Olbrich, a.a.O., S. 217 ff.

135 Ebd., S. 222.

136 Ebd., S. 221.

hessischen Zeitung, in dem er gegen die „Dolchstoßlegende“ und andere Geschichtsverfälschungen zu Felde gezogen war, in Köln untertauchen und kehrte 1945 nach Gießen zurück. Er war Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung Hessens und bis 1953 Abgeordneter der SPD, bis ihn ein Schlaganfall zwang, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.<sup>137</sup> In ähnlicher Weise hatte auch Walter Hegar am Ende der Weimarer Republik versucht, mit seinem Kurs: „*Was sagt die heutige Wissenschaft und wissenschaftliche Philosophie zu den verbreiteten Meinungen über das Weltgebäude? Vom Weltbild der Gegenwart*“<sup>138</sup> sich dem Ungeist der Zeit entgegenzustemmen, begleitet von dem Biologen Dr. Kemmer, der Rassenkunde und Vererbungslehre aus dem biologischen Fahrwasser zu ziehen versuchte. 1931 diskutierte der Historiker Prof. Hüter mit seinen Hörern über „*Diktatur und Volkswille im Wandel der Geschichte*“<sup>139</sup> – man hätte gern gewusst, was dort wie besprochen wurde!

Mehrere profilierte Träger der demokratischen Volksbildungsarbeit aus der Weimarer Zeit waren unter den Initiatoren des Wiedererstehens der Gießener Volkshochschule im Jahr 1947.

Albin Mann, Gründungsmitglied von 1919, war der erste nach 1945 frei gewählte Oberbürgermeister und energischer Verfechter einer Neugründung der Volkshochschule. Der Studienrat an der ORG, Wilhelm Krauß, der seit 1929 für eine „unvölkische“ Literaturbetrachtung stand, war 1947 wieder dabei. Auch Wilhelm Flörke bot weiter Kurse an, bis ihn die Tätigkeit als Leiter der Liebigschule zu sehr beanspruchte, wo er allerdings dort ganz im Geiste der Volkshochschulpädagogik den Schulversuch für eine „aufgelockerte Oberstufe“ einleitete, der „dem Schüler die Möglichkeit geben (sollte), in kleinen Arbeitsgruppen schwerpunktmäßig vertieft und mit Muße in Fächern eigener Wahl zu arbeiten.“ Dieser Schulversuch arbeitete mit den methodisch – didaktischen Vorstellungen der Weimarer Erwachsenenbildung und sollte die inzwischen den Namen Liebigschule tragenden Oberrealschule über die Grenzen Hessens hinaus bekannt machen. Er trug Flörke nach seiner Pensionierung den Posten eines Pädagogischen Leiters der Internatsschule Schloss Salem ein.<sup>140</sup>

Prof. Reinhard Strecker wiederum, der bereits 1919 als Präsident des Landesamtes für das Bildungswesen die Gießener Volkshochschule mit aus der Taufe gehoben hatte, hielt bei der feierlichen Neueröffnung am 10. April 1947 die oben erwähnte Festrede.<sup>141</sup>

---

137 StdtAG GN 820.

138 StdtAG GN 820.

139 StdtAG GN 820.

140 Zu dem Schulversuch vgl. Erwin Glaum, Die „Auflockerung der Oberstufe“ - ein Schulversuch der Liebigschule, in: 1837 – 1987, 150 Jahre Liebigschule, a.a.O., S. 85 ff. Zu den Kontinuitäten vgl. Olbrich, a.a.O. S. 326.

141 StdtAG, Gießener Anzeiger vom 11.4.1947.



*Abb. 12: Dr. Wilhelm Flörke (1883-1970) auf einer geologischen Exkursion  
Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung*

Auf diesem Hintergrund hatte Oberbürgermeister Mann alles Recht, mit einem „Aufruf an alle Haushalte“ an die erste Gründung der 1919 im Geiste der Demokratie anzuknüpfen. Er konnte dies umso mehr, als sich bei der vergleichenden Betrachtung der jeweiligen Ausgangssituationen 1918 und 1945 durchaus Parallelen aufdrängten<sup>142</sup>:

*„Unermesslich groß ist das Elend, das uns das dritte Reich hinterlassen hat. Die Überlebenden stehen vor den materiellen und geistigen Trümmern und suchen nach neuen Wegen, die aus der Wirrnis in ein freies, demokratisches Deutschland führen.*

*Die Volkshochschule will mithelfen am Aufbau der jungen Demokratie. Sie will eine Pflegestätte geistigen Lebens, in der jeder Gelegenheit findet, in gemeinsamem Streben seine Selbsterziehung zu vervollkommen. In diesem Sinne will die Volkshochschule die Brücke schlagen zu allen Kreisen der Bevölkerung und alle vereinen zu gemeinsamer geistiger Arbeit. Die Volkshochschule will nicht für einen bestimmten Beruf vorbereiten, sondern*

---

142 Olbrich, a.a.O., S. 325.

*für das Leben. Sie will Versäumtes nachholen, Verschüttetes freilegen und Zerstörtes ersetzen.*

*Die Volkshochschule will nicht nur Wissen und Kenntnisse vermitteln, sondern vor allem Erkenntnisse erarbeiten zu den ewigen geistigen und sittlichen Werten. Der Geist der Volkshochschule ist der Geist der Demokratie. Im demokratischen Volksstaat ist die Volkshochschule eine Notwendigkeit. Deshalb hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, trotz aller Sorgen um den materiellen Aufbau die Volkshochschule ins Leben zu rufen.<sup>143</sup>*



*Abb. 13: Albin Mann (1883-1960), Mitbegründer der Volkshochschule 1919 sowie Oberbürgermeister der Stadt Gießen 1946-1948 (Altersbild)  
Quelle: Stadtarchiv Gießen, Bildersammlung*

Namhafte Gießener Wissenschaftler, Künstler und Lehrkräfte hätten sich zur Mitarbeit bereit erklärt, ein Förderverein werde ins Leben gerufen und am 10. April

---

143 StdtAG L 621, Sammlung Flörke, Teil I. Albin Mann greift in diesem Aufruf deutlich auf Texte aus der Gründungsphase der Volkshochschule zurück (s.o.).

1947 sei die feierliche Eröffnung. Die Parallelen zu der ersten Gründung 1919 sind augenfällig, allerdings findet sich eine kleine Besonderheit, die vielleicht beachtet werden sollte: Es ist nicht mehr die Rede von der „Volksgemeinschaft“, sondern von der „Bevölkerung“. Der Missbrauch der Volksmetapher durch den Nationalsozialismus hatte in der öffentlichen Rede seine Spuren hinterlassen.

## Nachbemerkung

Viele Aspekte aus der Gießener Volkshochschulbewegung erscheinen heute noch genau so dringend wie damals; zwei davon sollen abschließend noch einmal hervorgehoben werden: Interessant ist in diesem Zusammenhang damals wie heute die von Wolfgang Mittermaier 1919 formulierte Forderung, dass die Angehörigen aller gesellschaftlichen „Klassen“ über ihre beruflichen Fähigkeiten hinaus das Recht auf eine profunde Allgemeinbildung hätten, die allein erst die kulturelle und politische Teilhabe im neuen demokratischen Staat ermögliche. Dabei hatte er besonders die Angehörigen der nicht akademischen Berufe im Blick. Wie 1919 genügt es auch in der aktuellen Situation nicht, auf die reine berufliche Qualifikation Wert zu legen. Auch in der Frage der Bildungsgerechtigkeit nimmt die Volkshochschule eine Aufgabe wahr, die ihre Gründer nach dem Ersten Weltkrieg bereits angestrebt hatten. Wie aktuell im 21. Jahrhundert deren ursprüngliche Bildungsziele für die demokratische und die kulturelle Partizipation sind, geht unbeschadet der veränderten gesellschaftlichen Situation aus den grundsätzlichen Ausführungen des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck in seiner Rede zum Ende seiner Amtszeit von 2017 hervor:

*„Unser Land kann nicht jedem Bürger einen gefüllten Tresor schenken, aber es ist unerlässlich, den vielen Verschiedenen unterschiedslos die gewünschte Bildung zu ermöglichen. (...) Wir brauchen Demokratieerziehung weiterhin und noch intensiver als bisher – beginnend in den Familien, dann aber auch in den Kindergärten, Schulen, in den Integrationskursen, Universitäten bis hinein in die Medien, auch und gerade im Internet. (...) Demokratie lernen und leben – als ständige Selbstermächtigung zur politischen Teilhabe.“<sup>144</sup>*

## Literatur

Emil Blum, Der Habertshof. Werden und Gestalt einer Heimvolkshochschule, Kassel 1930

Ludwig Brake, Auf dem Weg zur modernen Stadt 1850 – 1914, in: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hrsg), 800 Jahre Gießener Geschichte, 1197 – 1997, Gießen 1997, S. 182 - 214

Elke Brünle, Bibliotheken der Arbeiterbildungsvereine im Königreich Württemberg 1848 – 1918, Wiesbaden 2010

---

144 Joachim Gauck, Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage: „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html> (20.9.2018).

Karin Büchter, Weiterbildung für den Arbeitsmarkt und im Betrieb 1919 – 1933, Hamburg 2010 (<http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hsu/volltexte/2010/2613/>)

Hans-Georg Gundel, Peter Moraw, Volker Press (Hrsg.), Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Gießen 1982

Hans-Werner Hahn, Es begann auch an Lahn und Dill. 150 Jahre Soziale Demokratie, in: MOHG 98 (2013), S. 117 – 135

Jens Hildebrand, Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunale Selbstverwaltung zwischen Leistungsexpansion und Finanznot 1918 – 1933, in: <http://bpb.de/izbp/257298/geschichte-der-kommunalen-selbstverwaltung?p=all> (Zugriff 08.09.2018)

Ulrike Krauthelm, Die historische Entwicklung der Liebigschule bis 1945, in: Erwin Glaum (Hrsg.), 1837-1987, 150 Jahre Liebigschule, Gießen 1997, S. 12 – 63, hier S. 45ff.

Julius Langbehn, Rembrandt als Erzieher, Leipzig 1923

Heinz Minke, Die Entwicklung des Gießener Schulwesens Teil I, Gießen 1998

Arthur Möller van den Bruck, Das dritte Reich, Berlin 1923

Ulfried Neumann, Gustav Radbruchs Beitrag zur Strafrechtsreform, in: Friedrich Ebert-Stiftung (Hrsg.), Gustav Radbruch als Reichsjustizminister 1921 – 1923, Berlin 2004

Josef Olbrich, Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Bonn 2001

Franz Pöggeler, Zum Verhältnis von Pädagogik zur Demokratie, in: Manfred Heineemann, Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, 1976, S. 245 – 250

Heinrich Pröschold, Aus den Anfängen der Volkshochschule Gießen, in: Hessische Heimat. Aus Natur und Geschichte, Nr. 21, 1972

Brigitte Reifenrath, Gießener Mediziner auf dem Weg in den Nationalsozialismus, in: Frontabschnitt Hochschule, Gießen 1982, S. 187 ff.

Andreas Schelten, Georg Kerschensteiner aus der Sicht moderner Berufspädagogik, in: Rudolf Tippelt (Hrsg.), Zur Tradition der Pädagogik an der LMU München, München 2006

Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Wien und München, 1918-1922

Bettina Irina Reimers, Die Neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919 – 1933, Weimar 2003 (<http://www.die-bonn.de/id/6178>)

Wilfried Speitkamp, Modernisierung in der Krise 1918 – 1945, in: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hrsg.), 800 Jahre Gießen 1197 – 1997, Gießen 1997, S. 215 – 226

Karl Storck, Schulpolitik und Volksbildung in Hessen. Voranschlagsberatung im Hessischen Landtag 1925, in: Schriftenreihe des Hessischen Landes – Lehrervereins, Heft 1, Darmstadt 1925

W. Strzelewicz u. a., Bildung und gesellschaftliches Bewusstsein, Stuttgart 1973

Hans Tietgens, Ideen und Wirklichkeiten der Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2001

Antje Vollmer, Die Neuwerkbewegung 1919 – 1935. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung, Berlin 1973